

Ayline Heller/Ana Nanette Tibubos/Manfred Beutel/Elmar Brähler



Mauer in den Köpfen?

Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel

**Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2020**

OBS-Arbeitspapier 42

OBS-Arbeitspapier 42
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Autor*innen:

Ayline Heller

Ana Nanette Tibubos

Manfred Beutel

Elmar Brähler

Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin
und Psychotherapie

Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-
Universität Mainz

Geb. 708/4.OG/4.010

Untere Zahlbacher Str. 8

D-55131 Mainz

E-Mail: ayline.heller@unimedizin-mainz.de

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Mitarbeit:

Elke Habicht, M.A.

Satz und Gestaltung:

think and act –

Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

Tobias Seeliger/AdobeStock.com

Redaktionsschluss:

24. Juli 2020

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

In wenigen Wochen, am 3. Oktober, jährt sich die Wiedervereinigung Deutschlands zum 30. Mal – und auch der Tag der Deutschen Einheit feiert 2020 dieses Jubiläum. Unter der Schirmherrschaft des amtierenden Bundesratspräsidenten Dietmar Woidke lautet das Motto „Wir miteinander“. Dazu schreibt Woidke: „Wo Menschen sich einander zuwenden, besteht immer die Chance auf ein ‚Wir‘“. Nun lässt sich allerdings nicht erst seit dem Erstarken der AfD – die schließlich nicht nur, aber insbesondere in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren erhebliche Erfolge verzeichnen konnte – berechtigterweise fragen: Wenden sich Ost und West denn überhaupt einander zu, entwickelt sich tatsächlich ein „Wir“? Ist Deutschland nicht vielmehr auf dem Weg in eine neue „Teilung“ – wirtschaftlich, politisch, sozial, medial und kulturell? „Wenn man sich die offizielle Erinnerungskultur anschaut, dann konnte man lange den Eindruck bekommen, mit dem 3. Oktober 1990 ist die Geschichte im Grunde nach all den Katastrophen des 20. Jahrhunderts beendet. Der Tag markiert das nationale Happy-End“, kritisiert der Historiker Marcus Böick im SPIEGEL. Der real-existierende „graue Kuddelmuddel an verwickelten Ost-West-Konflikten“ passe jedoch nicht zu diesem Bild. Eine differenzierte Betrachtung der Entwicklungen seit der Wiedervereinigung, so lässt sich schlussfolgern, ist also dringend geboten.

Die Otto Brenner Stiftung freut sich, mit einem Forscher*innenteam um Aylene Heller von der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz engagierte Wissenschaftler*innen für diese anspruchsvolle Aufgabe gewonnen zu haben. Ihre Studie nimmt dabei die Entwicklung der „Einheitsmentalität“ unter die Lupe. Die soziale und mentale Kohäsion von Ost und West sind – anders als die Tendenzen der wirtschaftlichen und politischen (Nicht-) Angleichung – bisher weitgehend unbearbeitet geblieben. Mit ihrer detaillierten Analyse des bisher größten Datensatzes von rund 10.000 Befragten zum Thema gelingt es den Autor*innen, die Entwicklung zum „Wir“, von 1990 bis heute, akribisch nachzuzeichnen.

Erstmalig wird dabei in einer repräsentativen Untersuchung das Zusammengehörigkeitsgefühl von West- und Ostdeutschen und die Bewertung der Wiedervereinigung aus breit gefächelter Perspektive untersucht: Neben der „klassischen“ Darstellung der Entwicklungen im Zeitverlauf wird dargelegt, wie sich die einzelnen Generationen in zentralen Fragen unterscheiden. Besonders herauszuheben ist zudem, dass die bisher im öffentlichen Diskurs kaum beachtete Gruppe der Binnenmigrant*innen – also diejenigen, die von Ost nach West (oder umgekehrt) gezogen sind – mit ihrem spezifischen Blick auf das Thema wissenschaftlich untersucht werden.

Die Ergebnisse geben Anlass für einen realistischen Optimismus: Alle Befunde deuten hin auf ein wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl über die Ost-West-

„Grenze“ hinweg. So nimmt die Empfindung, der andere Teil Deutschlands sei „fremd“, mit der Zeit in allen Generationen aus Ost und West gleichermaßen ab. Ost- wie Westdeutsche sind immer häufiger der Meinung, dass der „eigene“ Landesteil vielleicht doch mehr profitiert hat als anfänglich gedacht – und der „andere“ vermutlich weniger. Die Daten ermöglichen es dabei auch, mit einigen gut gepflegten Vorurteilen aufzuräumen. So lief der Angleichungsprozess beim Blick auf die Wiedervereinigung auf westdeutscher Seite deutlich langsamer – bis in die 2000er Jahre wäre es angemessener gewesen, vom „Jammer-Wessi“ und nicht von seinem viel populärerem ostdeutschen Pendant zu sprechen.

Getrübt wird das „Happy End“ allerdings dadurch, dass immer noch deutliche Vorbehalte und Entfremdungen vorhanden sind. So wird die Annäherung der Einschätzungen zur Wiedervereinigung primär durch die jüngeren Generationen vorangetrieben: Je älter die Befragten, so das Fazit, desto stabiler steht dieser Teil der Mauer noch.

Dass es dabei nicht bleiben muss, zeigt allerdings die innovative Untersuchung der Binnenmigrant*innen. Die Ergebnisse zur „Einheitsmentalität“ dieser besonderen Gruppe zeigen sie als Vorreiter*innen der Wiedervereinigung und konstatieren einen originären „Wossi-Effekt“: Während sich bei denjenigen in Ost und West ohne Binnenmigrationserfahrung noch jede*r Fünfte den Bewohner*innen des je anderen Teils Deutschlands entfremdet fühlt, sind es im Fall der Binnenmigranten nur halb so viele. Darüber hinaus ist die Bewertung der Wiedervereinigung in dieser Gruppe deutlich weniger polarisiert als bei den Befragten, die „ihren“ Landesteil nicht gewechselt haben. Zusammen mit weiteren Ergebnissen, beispielsweise zum förderlichen Einfluss der Bildung auf den Angleichungsprozess, lassen sich daraus Leitplanken für die nächsten Jahre bauen.

Die notwendigen Maßnahmen zur wirtschafts- und sozialpolitischen Angleichung, so das Fazit von Stiftung und Autor*innen, sollten von (Bildungs-) Programmen zur Förderung des innerdeutschen Austausches flankiert werden. Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen nachdrücklich, dass eine Sensibilisierung für die Pluralität der Erfahrungshintergründe die Kategorien „ostdeutsch“ und „westdeutsch“ aufzubrechen und das „Kuddelmuddel“ zu entwirren vermögen. Wird auf diesem Weg die Basis für ein demokratisches Miteinander gelegt, besteht ganz bestimmt auch „die Chance auf ein ‚Wir‘.“



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im September 2020

Inhalt

1	Die Zeit nach dem Umbruch	6
2	Forschungsstand	9
2.1	Studien zur Bewertung der deutschen Einheit	9
2.2	Oftmals vernachlässigt: Die „Binnenmigrant*innen“	14
3	Methode	17
3.1	Datengrundlage und Vorgehen	17
3.2	Die analysierte Stichprobe	20
4	Annahmen und Hypothesen über das Verhältnis zwischen Ost und West	23
4.1	Die Entwicklung des Fremdheitsempfindens	23
4.2	Die Bewertung der Wiedervereinigung	23
4.3	Exkurs: Der Sozialismus als Idee	25
4.4	Stadt, Land, Studium? Soziodemographische und subjektive Einflussfaktoren	25
4.5	Auswirkungen der Binnenmigration	26
5	Ergebnisse	28
5.1	Stetige Abnahme des Fremdheitsempfindens	28
5.2	Annäherung beim Blick auf die Wiedervereinigung	30
5.2.1	„Der Osten profitiert mehr“	31
5.2.2	Die späte Einsicht des Westens	34
5.2.3	Der Mythos des „Jammer-Ossis“	37
5.3	Exkurs: Kein „Revival“ des Sozialismus bei Jüngeren	40
5.4	Die Binnenmigrant*innen als Vorbilder	44
5.4.1	Wer sind die Binnenmigrant*innen?	45
5.4.2	Der „Wossi“-Effekt	48
5.4.3	Vorreiter*innen der Wiedervereinigung	49
6	Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	54
	Anhang	59

1 Die Zeit nach dem Umbruch

Auch nach 30 Jahren deutscher Einheit spielen die Aufteilung Deutschlands durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die daraus resultierende jahrzehntelange Existenz zweier deutscher Staaten sowie die Umbrüche der „Wende“-Zeit und Wiedervereinigung eine zentrale Rolle im kollektiven Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Dies lässt sich nicht nur durch die mediale Aufbereitung der DDR-Zeit und der anschließenden Umbrucherfahrungen in Fernsehfilmen und Serien, wie beispielsweise dem Oskarprämiierten Drama *Das Leben der Anderen*, der tragischen Komödie *Good Bye Lenin* oder der ARD-Serie *Weissensee*, belegen. Auch die wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Relevanz der Ereignisse, die durch den Mauerfall 1989 eingeleitet und formal mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 abgeschlossen wurden, wird durch die jährlichen Berichte der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit sowie zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen, die sich mit den Nachwirkungen der DDR und der Wiedervereinigung beschäftigen, eindrücklich deutlich (Brähler/Wagner 2014). Seit 2019 werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung 14 Forschungsverbände mit bis zu 40 Millionen Euro über vier Jahre gefördert, um Wissenslücken, die im Hinblick auf die DDR-Vergangenheit noch immer bestehen, zu schließen und Nachwirkungen in der heutigen Gesellschaft zu untersuchen, die das DDR-System selbst sowie die anschließenden Transformationsprozesse hinterlas-

sen haben (BMBF-Internetredaktion 2018). Die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland in Bezug auf die Zustimmung und Unterstützung rechtspopulistischer und -extremer Bewegungen und Parteien unterstreicht die Relevanz der Thematik zusätzlich (vergleiche beispielsweise Decker/Brähler 2018). Sie wird oft mit den Erfahrungen der DDR sowie einem missglückten Vereinigungsprozess in Verbindung gesetzt, darf deshalb aber keinesfalls isoliert als „ost-deutsches Problem“ betrachtet werden.

Innerhalb der aktuellen Forschung zur Ost-West-Thematik liegt einer der Schwerpunkte auf der Untersuchung der wirtschaftlichen Annäherung der beiden deutschen Gebiete. Diese strukturellen Differenzen, die in den vergangenen Jahrzehnten zwar eine rückläufige Tendenz aufwiesen, sind für die Bürger*innen der neuen Bundesländer nach wie vor „deutlich spürbar“ (Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer 2018). Beispielsweise stehen den ostdeutschen Haushalten, gemessen am westdeutschen Einkommen, immer noch nur 85 Prozent der Finanzmittel zur Verfügung (ebd.). Zusätzlich ist die Arbeitslosenquote deutlich höher als in Westdeutschland und das Lohnniveau ist niedriger (ebd.). Hinzu kommt eine insgesamt geringere Wirtschaftskraft sowie eine geringere Forschungs- und Innovationsaktivität, welche zusammen mit der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur die Attraktivität der neuen Bundesländer als Unternehmensstandort, aber auch als zukunftsicherer Lebensmittelpunkt, zusätzlich herabsetzt (ebd.). Auch in der Altersstruktur sowie der Siedlungsdichte der neuen Bundesländer

machen sich Unterschiede bemerkbar. Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung der neuen Bundesländer nimmt schneller zu als in Westdeutschland, und die Zahl der Einwohner*innen insgesamt, aber vor allem die der Erwerbsfähigen, nimmt stetig ab (ebd.). Dies liegt mitunter daran, dass die neuen Bundesländer weniger von der Zuwanderung von Fachkräften profitieren (ebd.). Hinzu kommt, dass sich viele, zumeist junge Ostdeutsche entschließen, in die alten Bundesländer oder ins Ausland zu migrieren, da sie sich dort bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erhoffen (siehe Abschnitt 2.2).

Neben diesen strukturellen Differenzen zwischen alten und neuen Bundesländern ist für die Bewertung der Entwicklung nach der Wiedervereinigung vor allem aber auch die Frage der *wahrgenommenen Unterschiede* und ihrer Entwicklung, also die Frage nach der „Einheitsmentalität“, von Relevanz. Die Wahrnehmung sozialer Benachteiligung kann gesellschaftliche Spaltungen begünstigen und hat einen Einfluss auf verschiedene Verhaltensweisen, die das Zusammenleben maßgeblich prägen – beispielsweise auf das Wahlverhalten, auf soziales Engagement, aber auch auf Gewalt gegenüber Andersdenkenden (siehe Abschnitt 2.1). Die Untersuchung eben dieser Einheitsmentalität ist das Ziel der vorliegenden Studie.

Bisherige Forschungsergebnisse zeigen, dass der Systemumbruch der Wende und die von vielen als forciert erlebten Veränderungen im öffentlichen und privaten Raum nicht spurlos an den Menschen in Ostdeutschland

vorbeigegangen sind. So wurden die großen Erwartungen und Hoffnungen, die mit der Wiedervereinigung verbunden waren, an vielen Stellen enttäuscht. Dies führte in einigen Fällen zu einer melancholisch-idealisierten Aufwertung der Zustände in der DDR, die unter den Begriffen der DDR-Nostalgie oder *Ostalgie* Eingang in die öffentliche Debatte fanden (Neller 2006). Eine Studie von Foroutan und Kolleg*innen (2019) ging so weit, die Erfahrungen und Lebenschancen von Personen aus Ostdeutschland mit denen von Migrant*innen zu vergleichen; beide Gruppen würden eine soziale und strukturelle „Chancen-Lücke“ erleben. Im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt, aber auch in sozialen Situationen würden sie häufig ungleich behandelt und abgewertet. Auch wenn diese Position den spezifischen Kontext von Migrations- und Fluchterfahrungen nivelliert, so scheint eine Beobachtung dennoch zutreffend zu sein: Die ostdeutsche Bevölkerung fühlt sich in ihrer Lebensrealität nicht ernst genommen und gegenüber der westdeutschen Bevölkerung häufig als benachteiligt. Diese Ergebnisse werden auch durch verschiedene aktuelle Studien gestützt, die in Abschnitt 2.1 aufgegriffen werden.

Eine weitere Folge der Veränderungen, die mit der Wiedervereinigung begannen: Die Herausbildung negativer Stereotype über „die Ostdeutschen“. Das bekannteste Beispiel dürfte das (häufig durch Westdeutsche gepflegte) Klischee des „Jammer-Ossis“ sein, der sich stets über die Zustände beklagt und als faul, „abgehängt“ und rückschrittlich gilt. Auf der anderen Seite werden die Westdeutschen

im Zuge einer polarisierenden Klischeebildung durch die Bewohner*innen der neuen Bundesländer zu „Besser-Wessis“ stilisiert, die als egoistisch und machtgierig gelten (Schmitt/Montada 1999). Die Gruppenzugehörigkeit zum jeweiligen Bevölkerungsteil erweist sich dabei als identitätsstiftend, während der je andere Teil als fremdartig diffamiert wird. Für den demokratischen Gesellschaftszusammenhalt ist die Akzeptanz verschiedener Gruppenidentitäten und ein Bewusstsein dafür, dass Individuen wenn überhaupt, dann niemals vollständig in diesen Gruppenidentitäten und -klischees aufgehen, jedoch zentral. Die Kontinuität solcher Klischees in der ost- und westdeutschen Bevölkerung soll in dieser Studie

durch eine differenzierte Bestandsaufnahme der Entwicklungen der wahrgenommenen Unterschiede zwischen beiden Bevölkerungsgruppen in den letzten 30 Jahren geleistet werden. Bisherige Studien, wie sie im nächsten Abschnitt vorgestellt werden, haben die ostdeutsche mit der westdeutschen Perspektive nur selten in Beziehung gesetzt. Außerdem wurden Kohorten- und Zeiteffekte (siehe Infokasten in Kapitel 2.1) noch nicht ausreichend differenziert. Diese Lücke zu schließen, ist das Ziel der vorliegenden Studie. Dafür wird einer der bisher größten Datensätze zu dieser Thematik analysiert, sodass solide Aussagen über die Entwicklung der Einheitsmentalität möglich werden.

2 Forschungsstand

2.1 Studien zur Bewertung der deutschen Einheit

Die Bewertung der deutschen Einheit sowie das Fremdheitserleben zwischen den beiden deutschen Gebieten kann als Indikator für einen demokratischen Zusammenhalt, wie er im vorherigen Abschnitt beschrieben wurde, herangezogen werden. Die Wahrnehmung der Befragten steht dabei stets im Vordergrund, da sie das Erleben und somit deren „Stimmung“ widerspiegelt. Im Folgenden werden deshalb zunächst die wichtigsten Studien zu diesem Thema und deren zentrale Ergebnisse präsentiert. Auch auf die Schwachstellen der einzelnen Untersuchungen wird eingegangen, um die Notwendigkeit einer differenzierten Analyse der Kohorten- und Zeiteffekte in der ost- und westdeutschen Bevölkerung zu verdeutlichen, wie sie die vorliegende Studie anstrebt.

Bisherige Studien legten ihren Schwerpunkt zumeist darauf, dass viele Bewohner*innen der neuen Bundesländer sich benachteiligt fühlen. So gaben in der von der FAZ in Auftrag gegebenen Allensbach-Analyse zum 20. Jahrestag des Mauerfalls immer noch mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen an, sich als „Bürger [*sic*] zweiter Klasse“ behandelt zu fühlen (Petersen 2009). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Bevölkerungsumfragen, die regelmäßig in verschiedenen ostdeutschen Bundesländern von den jeweiligen Landesregierungen in Auftrag gegeben werden. Eine der bekanntesten dieser Studien ist der *Thüringen-Monitor*, der sich seit 2000 mit den politischen Einstellungen der Bevölkerung die-

ses Bundeslandes befasst (Landesregierung des Freistaats Thüringen 2019).

Die Bewertung der deutschen Einheit spielt in diesen Studien traditionell eine wichtige Rolle. Neben Gefühlen individueller sozioökonomischer Benachteiligung, sogenannter *individueller Deprivation*, wird im *Thüringen-Monitor* ein spezifisch ostdeutscher Typus *kollektiver Deprivation*serfahrungen erfasst, der sich durch eine negative Bewertung der Wiedervereinigung auszeichnet sowie durch die Wahrnehmung, Ostdeutsche würden von Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt (Reiser et al. 2018: 85). Personen, die in diese Kategorie fallen, zeigen eine erhöhte Gewaltbereitschaft (ebd.: 94). Außerdem hat sich diese Wahrnehmung wiederholt als bedeutsamer Prädiktor (siehe Infokasten) für rechtsextreme Einstellungen erwiesen (ebd.: 114).



Prädiktor

In der sozialwissenschaftlichen, psychologischen und medizinischen Forschung wird häufig versucht, individuelle und kollektive Verhaltensweisen, wie Wahlverhalten, Einstellungen oder auch das Eintreten und den Verlauf von Erkrankungen, vorherzusagen. Dafür werden Vorhersagevariablen herangezogen, die als *Prädiktoren* bezeichnet werden. Solche Prädiktoren können auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Nimmt man rechtsextreme Einstellungen als Beispiel, so können Prädiktoren auf individueller Ebene beobachtet werden (z. B. Bildung, Alter, Geschlecht oder Arbeitslosigkeits-

erfahrungen der befragten Person), sie können Gruppenprozesse berücksichtigen (z. B. den Einflussbereich rechtsextremer Gruppierungen) oder auf die politischen Kontextbedingungen abzielen (z. B. auf unterschiedliche Berichterstattung in den Medien). Manche Prädiktoren entfalten erst in Kombination mit anderen ihre volle Erklärungskraft, während andere ihren Vorhersagewert verlieren, sobald sie mit weiteren Prädiktoren kombiniert werden.

Im Jahr 2019 wurde in Thüringen darüber hinaus eine spezifische Diskriminierungserfahrung erhoben, die auf individuelle Benachteiligungssituationen aufgrund der eigenen ostdeutschen Herkunft abzielten. Hier ergibt sich zusammen mit den kollektiven Deprivationserfahrungen ein negativer Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit; Befragte, die sich als Ostdeutsche individuell wie kollektiv benachteiligt fühlten, waren auch weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie.

Obwohl durch die regelmäßigen Erhebungen der Monitore der verschiedenen neuen Bundesländer interessante Zeitreihen entstanden sind, die durch die Ähnlichkeit der Frageformulierungen eine fundierte Datengrundlage bilden, wurden die verschiedenen Erhebungszeitpunkte bisher jedoch nur selten in Bezug zueinander gesetzt. Ein Vergleich zwischen den einzelnen ostdeutschen Bundesländern fehlt bisher weitestgehend, ebenso wie ein Vergleich mit der Einschätzung der westdeutschen Bevölkerung.

Die *Sozialreport*-Folge unter der Leitung von Gunnar Winkler setzte sich mit dem Verhältnis

zwischen objektiven wirtschaftlichen Entwicklungen in den neuen Bundesländern und dem subjektiven Erleben der eigenen Situation auseinander (Ferchland 2004). Die Studienreihe untersucht seit der Vereinigung über mehrere Jahre hinweg die sozialen Veränderungen und Entwicklungen in den neuen Bundesländern aus einer dezidiert ostdeutschen Perspektive. Die Forscher haben dabei unter anderem die Herausbildung einer *Ost-Identität* beobachtet, die sich weder auf die geteilten DDR-Erfahrungen noch auf eine negative Bewertung der Wiedervereinigung reduzieren lässt. Vielmehr spielten die aktuelle Lebenssituation, individuelles und kollektives Deprivationserleben sowie die geteilten Transformationserfahrungen, insbesondere die weit verbreitete und langanhaltende Arbeitslosigkeit, für die Herausbildung einer solchen Identität eine Rolle.

Eine weitere für die Folgen und Bewertungen der deutschen Einheit relevante, groß angelegte Studie ist die *Sächsische Längsschnittstudie*, die seit 1987, also bereits vor Wende und Wiedervereinigung, eine Gruppe damals 14-Jähriger begleitet und mittlerweile zum 31. Mal zu politischen Einstellungen und psychosozialen Gesichtspunkten befragt. Die Zahl der Teilnehmenden an der Studie schwankt von Erhebungswelle zu Erhebungswelle. Von den ursprünglich 1.407 Schüler*innen nahmen im letzten Jahr noch 322 Personen teil (Berth et al. 2019). Auch wenn sich die Zahl der Teilnehmenden stark reduziert hat, bietet die *Sächsische Längsschnittstudie* durch ihr auf lange Zeiträume angelegtes Design die Möglichkeit, zeitliche Trends in der Bewertung der Vereinigung einer über die Jahre identischen Gruppe

zu untersuchen und in Verbindung zu externen (sozial-)politischen Entwicklungen zu setzen. Die Befragten äußern eine durchweg hohe Zustimmung zur Wiedervereinigung, die zwischen 71 Prozent im Jahr 1991 und 91 Prozent im Jahr 2015 schwankt. Nichtsdestotrotz sehen die Befragten den Prozess der Einheit noch nicht als abgeschlossen an. Auf die Frage, wie viele Jahre es noch dauern mag, bis die wirtschaftliche und innere Einheit erreicht wird, werden die von den Befragten angegebenen Zeiträume seit 1990 kontinuierlich länger (ebd.). Auch die eigene Identität als Bürger*in der ehemaligen DDR sieht die Mehrheit der Teilnehmenden als gegeben; 2016 stimmten knapp 92 Prozent der Aussage „etwas“ oder „vollkommen“ zu: „Ich fühle mich als BürgerIn [sic] der ehemaligen DDR“ (ebd.). Darüber hinaus wird in der *Sächsischen Längsschnittstudie* auch die Selbsteinschätzung als Gewinner*in oder Verlierer*in der Einheit regelmäßig erfragt. Hier ergibt sich ein interessantes Bild. Weibliche Befragte schätzen sich grundsätzlich weniger häufig als Gewinnerinnen ein als die männlichen Befragten. Ostdeutsche Frauen sehen sich in ihrer Position seit der Wiedervereinigung somit eher geschwächt, was mit einem wahrgenommenen Verlust des egalitäreren Rollenverständnisses einerseits, sicher aber auch mit der hohen Frauenarbeitslosigkeit direkt nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern zusammenhängen könnte (Booth 2010).

Dieser Befund verweist indirekt auch auf einen Kritikpunkt an der bisherigen Forschung zur Wiedervereinigung, denn oftmals wird der Vergleich zwischen den neuen Bundesländern und dem „westdeutschen Standard“

dafür kritisiert, dass bei solch einer Betrachtung positive Entwicklungen, seien sie wirtschaftlicher oder gesellschaftspolitischer Art, häufig unter den Tisch fallen. So wird den neuen Bundesländern aufgrund der realsozialistischen Vergangenheit ein progressiveres Geschlechterrollenverständnis nachgesagt. Tatsächlich war und ist der sogenannte Gender Pay Gap, also der Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen, in den neuen Bundesländern deutlich geringer als in den alten. Zudem bekleiden Frauen häufiger Führungspositionen und die Vollzeitbeschäftigung von Müttern ist bedeutend weiter verbreitet, was unter anderem auf die gute Infrastruktur der Kinderbetreuung zu DDR-Zeiten zurückgeführt wird, die bis heute Auswirkungen zeigt (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – BMFSFJ 2015). Auch in Sachen Partnerschaftsvorstellungen spricht sich die ostdeutsche Bevölkerung mit 55,3 Prozent häufiger für gleichgestellte Partnerschaften aus, in der beide Partner*innen gleichermaßen am Einkommen beteiligt sind. In Westdeutschland sind es lediglich 43 Prozent (BMFSFJ 2015). Ostdeutsche Frauen hatten nach dem Ende der DDR in dieser Hinsicht also durchaus etwas zu verlieren – die oben angeführte Geschlechterdifferenz spricht dafür, dass sie diesen Verlust auch wahrgenommen haben.

Insgesamt ist jedoch ein positiver Trend bei beiden Geschlechtern zu verzeichnen: Während 2005 lediglich 32,2 Prozent der Frauen und 57,8 Prozent der Männer sich als Gewinner*innen der Einheit einstuften, sind es 2017/2018 66,0 Prozent der Frauen und 80,7 Prozent der Männer. Neben dem Geschlecht fanden sich

in Abhängigkeit vom Messzeitpunkt auch verschiedene andere Einflussfaktoren auf eine negative Bewertung der Einheit, die auch in dieser Studie Berücksichtigung finden (siehe Abschnitt 4.4). Die Wahrnehmung als Verlierer*in der Einheit hatte ihrerseits Auswirkungen auf viele private und politische Lebensbereiche, unter anderem auf die eigene Wahrnehmung als Bundesbürger*in – ein wichtiger Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den beiden Teilen Deutschlands (vgl. Berth et al. 2014a; Berth et al. 2019).

Auch wenn diese Analysen Anhaltspunkte für mögliche zeitliche Trends sowie Einflussfaktoren auf die Bewertung der deutschen Einheit geben, liegt der Fokus der *Sächsischen Längsschnittstudie* wie auch derjenige der Monitore der Landesregierungen ausschließlich auf der Sichtweise der Bürger*innen der neuen Bundesländer. Faus und Storks (2019) setzen in ihrer Studie hingegen die westdeutsche Perspektive mit der ostdeutschen in Beziehung. In einer Befragung der Nachwendegeneration (also der 1989 und später Geborenen) konnten die Autoren zeigen, dass 74 Prozent der westdeutschen und 61 Prozent der ostdeutschen Teilnehmenden die Wiedervereinigung insgesamt als gelungen empfinden (Faus/Storks 2019). Es verbleiben jedoch immer noch Unterschiede in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation und in den Einstellungen zu Politik und Gesellschaft.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist es deshalb, im Zeitverlauf zu betrachten, wie die Auswirkungen der deutschen Einheit für die alten wie die neuen Bundeslän-

der bewertet werden. Dabei soll analysiert werden, ob sich die Annäherungstendenzen, die auf wirtschaftlich-struktureller Ebene zu vermerken sind, auch auf die Einstellungsebene und in den Wahrnehmungen der Bürger*innen niederschlagen. Es soll nicht nur darauf eingegangen werden, wie die Nachwirkungen der Vereinigung für den je eigenen Teil Deutschlands bewertet werden, sondern vor allem auch, wie die Entwicklung im je anderen Teil gesehen wird.

Um den Prozess der Annäherung nachverfolgen zu können, ist es in diesem Kontext außerdem von Interesse, als wie fremd die Bewohner*innen des je anderen Teil Deutschlands gesehen werden. Dies dient als Indikator für den wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein hohes Fremdheitsempfinden gegenüber der Bevölkerungsgruppe des je anderen Teils Deutschlands spricht dafür, dass die ost- und westdeutsche Gruppenidentität immer noch als starker Bezugspunkt dient und ein demokratischer Zusammenhalt durch die wahrgenommene Ungleichheit dieser beiden Gruppen erschwert wird.

Zuletzt wird im Sinne einer historisch-gesellschaftspolitischen Analyse in Form eines Exkurses die Einstellung gegenüber dem Sozialismus als Idee untersucht. Eine umfassende Studie von Opp (2019) konnte zeigen, dass die Zustimmung zum Sozialismus bei älteren Geburtsjahrgängen am höchsten ist und bei den Jüngeren stetig abnimmt. Durch die Erfolge politisch linksgerichteter Strömungen in verschiedenen westlichen Ländern insbesondere unter jungen Menschen (z. B. Sanders in den USA, Mélechon in Frankreich, Corbyn in England und

nicht zuletzt, wenn auch deutlich schwächer, Kühnert hier in Deutschland) ist nicht auszuschließen, dass eine Wiederhinwendung zum Sozialismus als Staatsidee vor allem in den jüngeren Geburtsjahrgängen stattgefunden hat. Dieses Wiedererstarben des Sozialismus als Idee in der sogenannten „Nachwendegeneration“ wird in der vorliegenden Studie untersucht. Eine hohe Zustimmung zum Sozialismus wird dabei auch als Indiz einer hohen Identifikation mit einigen Aspekten des Systems der damaligen DDR bzw. deren Grundsätzen gewertet.

Ein besonderes Augenmerk gilt demnach neben dem Zeitverlauf auch den verschiedenen Alterskohorten. Es wird dabei die Fragestellung untersucht, ob zusätzlich zum zeitlichen Effekt über verschiedene Messzeitpunkte hinweg, Kohorteneffekte in den Einstellungen der Befragten vorliegen (siehe Infokasten). Die Ergebnisse der Studie zur Nachwendegeneration von Faus und Storcks (2019) sollen so um weitere Generationen ergänzt werden und einen Vergleich zwischen diesen ermöglichen. Annäherungstendenzen in den jüngeren Generationen würden dabei für eine positive Entwicklung der Transformationsprozesse in der Folge der Wiedervereinigung sprechen.



Zeit- und Kohorteneffekte

Einschneidende gesellschaftliche Ereignisse prägen unser Leben und Erleben maßgeblich mit. Äußere Faktoren wie Kriege, Pandemien, Wirtschaftskrisen und viele mehr beeinflussen die Menschen zunächst unabhängig von ihrem Alter. Die Nachwir-

kungen solcher Ereignisse können über die Zeit abnehmen oder bedingt durch andere Faktoren an Einfluss im Leben der Betroffenen gewinnen. Das Erleben bestimmter Ereignisse sowie deren Bearbeitung im Verlauf der Zeit werden hier als *Zeiteffekte* zusammengefasst.

Angehörige verschiedener Geburtsjahrgänge können jedoch von solchen Ereignissen in unterschiedlicher Weise betroffen sein. Sie werden in der Forschung deshalb häufig zu sogenannten Kohorten, also Gruppen von nahe beieinanderliegenden Geburtsjahrgängen, zusammengefasst. Differenzen, die auf der Zugehörigkeit zu solchen Geburtsjahrgängen beruhen, werden entsprechend als *Kohorteneffekte* bezeichnet. Ein aktuelles Beispiel: Die globale Pandemie, die durch das SARS-CoV-2 Virus verursacht wurde, wird unser Leben und unsere Wahrnehmung noch lange beeinflussen. Mit der Zeit werden wir uns an diese Auswirkungen gewöhnen und zu einer gewissen Normalität zurückkehren (*Zeiteffekt*). Unterschiedliche Geburtsjahrgänge waren und sind von den Auswirkungen in unterschiedlicher Weise betroffen. So ist es beispielsweise nicht unwahrscheinlich, dass die heute über 60-Jährigen, die unter Besuchsverboten von Angehörigen litten, andere Auswirkungen erlebten, als die jüngeren Kohorten, die über längere Zeit nur ein eingeschränktes Bildungsangebot wahrnehmen konnten oder die Berufstätigen, die ihre Arbeit aufs Homeoffice verlegen mussten (*Kohorteneffekt*).

Zusätzlich zu Zeit- und Kohorteneffekten werden häufig auch *Alterseffekte* differenziert. Diese beziehen sich auf allgemeine Alterungsprozesse, die Personen unabhängig von äußeren Bedingungen oder deren Zugehörigkeit zu bestimmten Geburtsjahrgängen betreffen. Eine Verschlechterung der Seh- und Erinnerungsfähigkeit im Alter kann als anschauliches Beispiel für solche Prozesse dienen. In der vorliegenden Studie wurden Alterseffekte nicht separat untersucht.

2.2 Oftmals vernachlässigt: Die „Binnenmigrant*innen“

Eine Gruppe, die in der öffentlichen Debatte zwar vereinzelt betrachtet, jedoch bisher nicht systematisch berücksichtigt wird, ist die Gruppe derer, die ihren Wohnsitz von einem Teil Deutschlands in den anderen verlegt hat. Diese „Wossis“ bringen einen ganz eigenen Erfahrungshintergrund mit sich; ihr Blick auf die deutsche Einheit ist nicht nur geprägt von den Erfahrungen im jeweiligen System ihrer Kindheit und Jugend. Viele Binnenmigrant*innen teilen außerdem die Erfahrung „fremd im eigenen Land“ zu sein; so wurden ehemalige DDR-Bürger*innen in Westdeutschland nicht selten als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gesehen, während die Westdeutschen in den neuen Bundesländern häufig als besserwisserische Eindringlinge erlebt wurden. Die vorliegende Studie untersucht die Einstellungen dieser Gruppe zur deutschen Einheit erstmals systematisch im Zeitverlauf der letzten 30 Jahre und leistet somit einen Beitrag dazu, die Kategorien „Ost-“ und „Westdeutsche“ zu differenzieren. Zwischen 1991 und

2018 wanderten immerhin knapp 3,8 Millionen Menschen aus den neuen Bundesländern in die alten; ca. 2,5 Millionen zogen vom Westen in den Osten (siehe Abbildung 1).

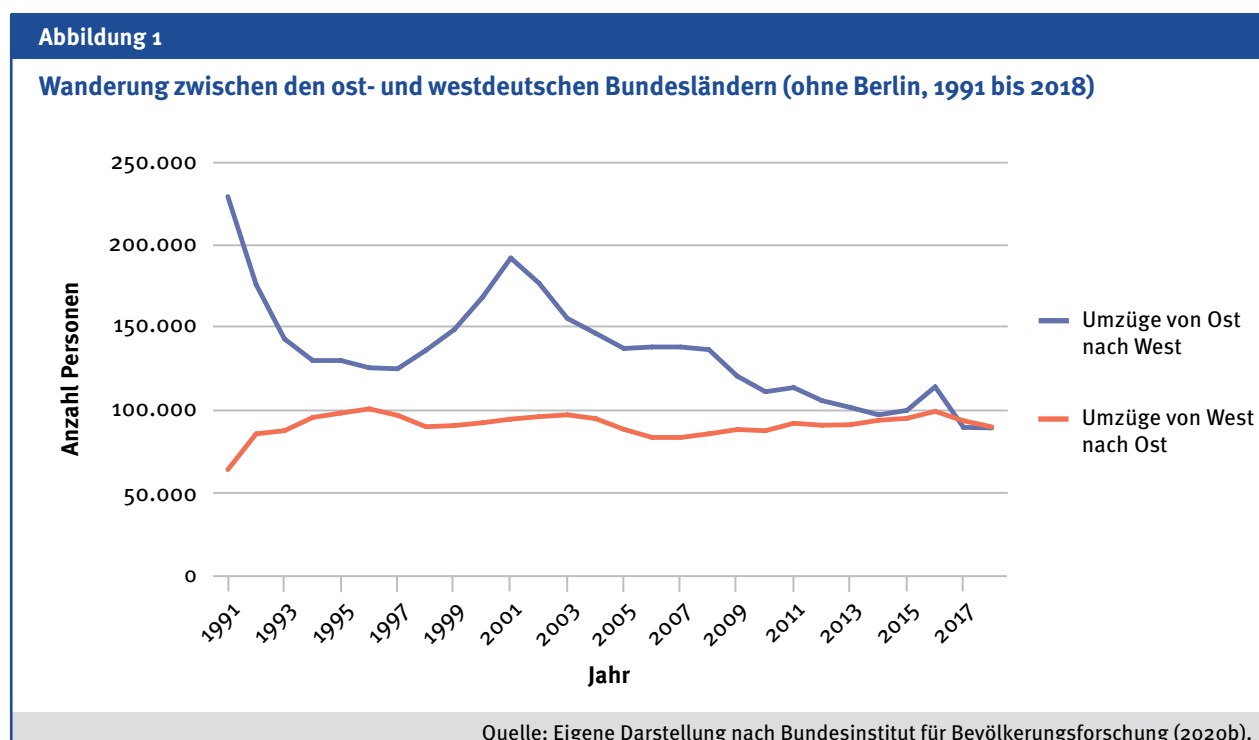
Der Faktor der innerdeutschen Mobilität ist bei der Beurteilung der Einstellungsunterschiede zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung nicht ohne Bedeutung. So spielt für die Herausbildung von Einstellungen nämlich nicht nur die derzeitige sozioökonomische Situation eine wichtige Rolle, bestimmt durch strukturelle Merkmale wie Wohnortsgröße, Berufstätigkeit oder Bildungsabschluss. Auch der je individuelle, kulturell bedingte Sozialisationshintergrund prägt die persönlichen Einstellungen bekanntermaßen mit (Adorno et al. 1950). Die Betrachtung binnenmigratorischer Prozesse kann somit Aufschluss darüber geben, in welcher Weise die betrachteten Einstellungsaspekte durch die aktuelle Situation sowie den Sozialisationshintergrund beeinflusst werden. Obwohl ein nicht kleiner Anteil der in Ost- beziehungsweise Westdeutschland Lebenden die Kindheit und Jugend im jeweils anderen Teil Deutschlands verbracht hat, wurde dieser Faktor in bisherigen Studien kaum berücksichtigt.

Die wenigen Studien, die sich mit innerdeutscher Migration auseinandergesetzt haben, nahmen dabei hauptsächlich Ost-West-Migrant*innen in den Blick, während die West-Ost-Migrant*innen bisher kaum Beachtung fanden. Dies kann daran liegen, dass die Wanderung von Ost- nach Westdeutschland zahlenmäßig überwiegt und stärker mit wirtschaftlichen und sozialen Folgen verknüpft wurde. Direkt nach der Öffnung der Grenzen kam es durch die massive Abwanderung qualifizierter junger Menschen zu

einem sogenannten Humankapitalverlust (*brain drain*), der aber bereits 1999, spätestens jedoch 2001 weitgehend rückläufig war (siehe Abbildung 1 und vgl. Kempe 1999). Nichtsdestotrotz fiel das Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland bis 2016 immer zuungunsten der neuen Bundesländer aus. 2017 zogen zwar erstmalig mehr Menschen von Westdeutschland nach Ostdeutschland als umgekehrt, trotzdem verzeichnen einzelne Bundesländer, wie Thüringen und Sachsen-Anhalt, nach wie vor deutliche Binnenwanderungsverluste (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2020a). Als Hauptursachen für die ost-/westdeutsche Migration werden die besseren Arbeitsbedingungen im Westen angeführt. Aber auch persönliche und politische Gründe, wie der Nachzug von Partner*innen und Familie beziehungsweise die politische Verfolgung in der DDR zwischen 1948

und 1989, können Ursache für einen Umzug sein (Berth et al. 2007).

Die prominenteste und ausführlichste Studie zu Einstellungen von Ost-West-Binnenmigrant*innen stellt auch hier die *Sächsische Längsschnittstudie* dar, bei der je nach betrachteter Erhebungswelle etwa 20 bis 25 Prozent der ostdeutschen Teilnehmer*innen in den alten Bundesländern lebten (Berth et al. 2007). Insgesamt ergaben die Analysen, dass sich die Ost-West-Migration für die Teilnehmer*innen positiv auswirkte. Sie zeichneten sich durch eine höhere Zufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen System aus und zeigen weniger häufig als die im Osten Gebliebenen psychische Belastungssymptome. Die meisten Befragten fühlen sich in den alten Bundesländern wohl; Rückkehrabsichten werden selten geäußert (Berth et al. 2014b). In einer Betrachtung



tung der Gruppenidentität zeigte sich, dass die Nichtmigrant*innen häufiger angaben, sich als Bürger*innen der ehemaligen DDR zu fühlen, während die im Westen Lebenden sich häufiger als Bundesbürger*innen sahen (Berth et al. 2007). Ob diese Einstellungen für die betrachtete Kohorte beziehungsweise das untersuchte Bundesland spezifisch ist, kann anhand der Daten nicht überprüft werden. Die Ergebnisse können nichtsdestotrotz als solide Grundlage für die vorliegende Studie gesehen werden, welche die Einstellungen von Binnenmigrant*innen verschiedener Geburtsjahrgänge aus unterschiedlichen Ursprungsregionen untersucht und es somit ermöglicht, allgemeine Trends in den betrachteten Einstellungsdimensionen aufzudecken.

Eine Studie von Albani und Kolleg*innen (2007) versuchte, diese Ergebnisse der *Sächsischen Längsschnittstudie* mit den Erfahrungen der West-Ost-Migrant*innen in Verbindung zu bringen. Dafür wurden 202 West-Ost- und 200 Ost-West-Migrant*innen zu ihrer Gruppenidentität sowie verschiedenen Aspekten psychischer Gesundheit befragt. Insgesamt wurden beide Migrationserfahrungen als positiv beschrieben, wobei die Ost-West-Migrant*innen sich besser integriert fühlten sowie weniger Rückkehrintentionen äußerten. Dies könnte auch mit den Gründen der West-Ost-Migration zusammenhängen. Diese war meist beruflich bedingt und weniger bereitwillig als im Falle der Ost-West-Migration.¹ Interessanterweise

weisen die West-Ost-Migrant*innen die positivsten Gruppenstereotype auf, wobei die Fremdgruppe, also die ostdeutsche Bevölkerung, eine klare Aufwertung erfuhr und als besonders sympathisch wahrgenommen wurde. Die Erwartungen der West-Ost-Migrant*innen wurden in dieser Hinsicht übertroffen. Im Gegensatz dazu neigten die Personen, die aus Ostdeutschland nach Westdeutschland migrierten eher zur Aufwertung ihrer Herkunftsgruppe – also der Ostdeutschen.

In der vorliegenden Studie gilt es deshalb herauszufinden, welchen der beiden Bevölkerungsgruppen, den Ost- oder den Westdeutschen, die beiden Binnenmigrationsgruppen in ihren Einstellungen eher ähneln. Stimmen sie bei der Bewertung der Wiedervereinigung eher mit der Herkunftsgruppe oder mit der Gruppe ihrer aktuellen Region überein? Überspitzt gefragt: Ist der „Wossi“ eher „Wessi“ oder „Ossi“ – oder tatsächlich von beiden verschieden? Die Beantwortung dieser Frage ermöglicht außerdem Rückschlüsse darüber, ob eher die Sozialisation oder die aktuelle Situation eine Rolle bei der Bewertung spielt. Wie ist der demokratische Zusammenhalt in Deutschland aus Sicht der Binnenmigrant*innen zu bewerten?

Die Betrachtung der Einstellungen der Binnenmigrant*innen ermöglicht somit eine tiefergehende Analyse der Faktoren, die auf die Bewertung der Wiedervereinigung Einfluss nehmen. So kann die Pluralität unserer Gesellschaft stärker berücksichtigt werden.

1 Auch wenn die Mehrheit aller Binnenmigrant*innen den Wechsel nach eigener Aussage „gerne“ auf sich nahmen, gaben mehr Westdeutsche an, „sehr ungern“ in den Osten umgezogen zu sein als dies bei den Ost-West-Migrant*innen der Fall war.

3 Methode

Das Projekt zielt auf eine Analyse konstanter und variabler Aspekte bestehender Einstellungsunterschiede in der ost- und westdeutschen Bevölkerung, die durch eine Auswertung der Daten der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)* realisiert wird. Durch eine differenzierte Betrachtung verschiedener Alterskohorten zu unterschiedlichen Messzeitpunkten kann nicht nur ein detailliertes Bild der jeweils bestehenden Unterschiede geschaffen werden. Es wird außerdem verdeutlicht, in welche Richtung sich die jeweiligen Geburtsjahrgänge in den letzten 30 Jahren entwickelt haben.

Darüber hinaus wird, wie erwähnt, eine systematische Aufschlüsselung der Bedeutung der stereotypen Kategorisierung in „Ostdeutsche“ beziehungsweise „Westdeutsche“ ermöglicht, indem Binnenmigrant*innen separat betrachtet werden. Dadurch können sozialisations- und situationsbedingte Einstellungsunterschiede verfeinert betrachtet werden.

3.1 Datengrundlage und Vorgehen

Grundlage der Untersuchung bilden, wie erwähnt, Daten der ALLBUS, die 1980 erstmalig durchgeführt wurde. Das Vorhaben wurde zunächst von der DFG in Form von Einzelanträgen gefördert und wird seit 1986 in Kooperation mit der Gesellschaft für Sozialwissenschaften (GESIS) realisiert. In dieser Umfrage, die alle zwei Jahre stattfindet, werden erwachsene Personen ab 18 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland zu ihren Ein-

stellungen interviewt. Die Interviews finden mündlich-persönlich, zunächst in Form von klassischen Papierfragebögen, seit 2000 als computergestützte Befragungen mit dem Laptop statt. Dabei sind die Themen größtenteils politischer und soziologischer, teilweise psychologischer Natur. Oft werden auch Fragen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen aufgenommen.

Die Auswahl der Befragten erfolgte mithilfe mehrstufiger Auswahlverfahren, sodass ein Höchstmaß an Zufälligkeit der Stichprobenziehung und damit auch an Repräsentativität der Stichprobe zu erwarten ist. Durch den langen Erhebungszeitraum und die sorgfältige Durchführung der Befragung unter Verwendung ähnlicher oder gleicher Items (siehe Infokasten) sind mit der ALLBUS-Untersuchung Zeitreihen entstanden, die Vergleiche über lange Zeiträume ermöglichen und sich deswegen in besonderem Maße für empirische Sozial- und Einstellungsforschung eignen.



Item

In der empirischen Sozialforschung werden Einstellungen und Merkmale anhand von Fragen, Aufgaben oder in Form einer Zustimmung zu bestimmten Aussagen gemessen. Diese einzelnen Elemente von Fragebögen werden als *Items* bezeichnet.

In der vorliegenden Untersuchung wurden Daten von vier verschiedenen Messzeitpunkten aus den letzten 30 Jahren (1991, 2000, 2010

und 2018) ausgewertet, um den Verlauf von Einstellungsunterschieden nachzuvollziehen (GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2011, 2012, 2014, 2019). Da nicht alle Items zu allen Zeitpunkten erhoben wurden, war eine einheitliche Auswahl der Intervalle der auszuwertenden Messungen nicht immer möglich. Es wurde jedoch ein möglichst gleichmäßiger Abstand angestrebt.

Außerdem wurden acht Alterskohorten nach Geburtsjahrgängen im Zehnjahresabstand gebildet (bis 1930, 1931-1940, 1941-1950, 1951-1960, 1961-1970, 1971-1980, 1981-1989 und nach 1989), um Unterschiede in verschiedenen Geburtsjahrgängen aufzudecken. Auf diese Weise können Unterschiede zu den einzelnen Messzeitpunkten sowie Verläufe über die Zeit hinweg analysiert werden.

Zusätzlich zur Auswertung nach Wohngebiet (alte vs. neue Bundesländer²) wurde auch das Phänomen der Binnenmigration unter die Lupe genommen. Die Identifizierung von Binnenmigrant*innen erfolgte durch die Verwendung einer zusätzlichen Variable, die entweder bereits im Datensatz vorhanden war oder anhand der Angaben zum Wohnort der Jugend beziehungsweise Geburtsort und zum aktuellen Wohnort berechnet wurde. In dieser Analyse wurden die Gruppe der nicht in Deutschland Geborenen sowie derjenigen, die keinen Geburtsort angegeben hatten, somit nicht miteinbezogen.

Folgende vier Fragebogenitems wurden für die Analyse berücksichtigt:

1. *Einstellung zum jeweils anderen Teil Deutschlands:* Dies wird durch das Item „Die Bürger im anderen Teil Deutschlands sind mir in vielem fremder als die Bürger anderer Staaten“ operationalisiert.
2. *Einstellung zur Wiedervereinigung:* Hier werden die beiden Items
 - a. „Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den alten Bundesländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht“
 - b. „Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den neuen Bundesländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht“ untersucht.
3. *Einstellung zum Sozialismus als Idee:* Dies wird durch das Item „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ abgebildet.

Alle vier Items werden von den Befragten auf einer vierstufigen Skala von „stimme gar nicht zu“ bis „stimme voll zu“ beantwortet.

Auf diese Weise können Unterschiede in der Zustimmungsrates abgebildet werden. Darüber hinaus erfolgt eine statistische Signifikanzprüfung anhand von Mittelwertvergleichen (siehe Kasten). Da es sich bei der Stichprobe um einen vergleichsweise großen Datensatz handelt, ist es aus statistischen Gründen nicht ungewöhnlich, dass auch klei-

² Westberlin wurde hierbei den alten, Ostberlin den neuen Bundesländern zugeordnet.

ne Unterschiede in den Zustimmungswerten zu einem signifikanten Ergebnis führen. Aufgrund dieses Sachverhaltes sowie zur Erhöhung der Vergleichbarkeit werden in der Auswertung zusätzlich zur Signifikanz zwei weitere Maße berücksichtigt, die eine Unterscheidung zwischen kleinen, mittleren und großen Effekt ermöglichen – also eine Aussage treffen können, wie stark der festgestellte Einfluss ist (siehe Kasten).



Statistische Signifikanz & Effektstärken signifikanter Gruppenunterschiede

Beobachtete Gruppenunterschiede können sich in der quantitativ-empirischen Forschung aus zwei Quellen speisen: Einerseits treten zufällig Schwankungen in der Beantwortung bestimmter Items auf, andererseits können tatsächliche Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen auftreten, im vorliegenden Fall also den Bewohner*innen in Ost- und Westdeutschland. Wenn die Wahrscheinlichkeit, dass beobachtete Gruppenunterschiede nur auf den Zufall zurückzuführen sind, besonders klein ist (als Grenzwerte werden hier meist fünf oder ein Prozent gewählt), spricht man von *statistischer Signifikanz*.

Die in der vorliegenden Studie verwendeten inferenzstatistischen Methoden sind jedoch stark von Stichprobengrößen abhängig. Da es sich bei der untersuchten Stichprobe um einen besonders großen Da-

tensatz handelt, weisen die angewandten Methoden eine starke statistische *Power* auf, d. h. selbst kleinste Unterschiede zwischen den Gruppen werden aufgedeckt und führen zu signifikanten Ergebnissen. Es reicht also nicht zu konstatieren, dass ein Unterschied nicht-zufällig (also statistisch signifikant) ist, es ist auch von Interesse, wie relevant er ist. Um die Stärke der aufgedeckten Effekte (beispielsweise des Unterschieds von Ost- und Westdeutschen bezüglich einer bestimmten Frage) einordnen und vergleichen zu können bedarf es deshalb sogenannter *Effektstärkemaße*. Die beiden Maße, *Cohen's d* und das partielle η^2 haben sich dabei als Standards etabliert. Beide Größen erlauben Rückschlüsse auf die Bedeutsamkeit und die Relevanz der beobachteten Unterschiede. Dabei wird nach Cohen (1988) von einem kleinen Effekt gesprochen, wenn d über 0,2 liegt. Bei Werten ab 0,5 spricht man von mittleren Effekten, während Werte ab 0,8 als große Effekte interpretiert werden. Für das partielle η^2 gelten Werte ab 0,01 als kleiner Effekt, ab 0,06 wird von einem mittleren Effekt ausgegangen und Werte über 0,14 gelten als großer Effekt.

Im Ergebnisteil wird auf diese Einordnung Bezug genommen, indem erwähnt wird, ob es sich um einen kleinen, mittleren oder großen Effekt handelt. Die konkreten Zahlen können bei Bedarf bei den Autor*innen angefordert werden.

In einem letzten Schritt wird der Einfluss soziodemographischer Daten wie Geschlecht, Bildungsgrad und Gemeindegröße auf die einzelnen Items berücksichtigt. Damit ist gemeint, dass auch nach der Feststellung von Unterschieden zwischen Ost und West – z. B. in der Bewertung der Wiedervereinigung – und nach der Feststellung, dass diese Unterschiede statistisch signifikant (also nicht zufällig) und relevant sind, immer noch andere Einflussgrößen möglich sind. So könnte es beispielsweise sein, dass eine weitere Ursache für die festgestellten Unterschiede in der Tatsache liegt, dass Frauen im Osten anders über die Wiedervereinigung denken als Frauen im Westen. Um also zu verhindern, dass die festgestellten Differenzen gar keinen Ost-West-Unterschied darstellen, sondern z. B. einen Frau-Mann-Effekt, müssen diese Möglichkeiten durch bestimmte statistische Mittel *kontrolliert* werden. Im Sinne einer kritischen Überprüfung wird durch eine Kontrolle dieser Variablen also erkenn-

bar, ob die beobachteten Unterschiede und ihre jeweiligen Effektstärken bestehen bleiben und tatsächlich auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen zurückgeführt werden können – oder ob andere Strukturvariablen einen maßgeblichen Beitrag zur Erklärung von Einstellungsunterschieden leisten.

3.2 Die analysierte Stichprobe

Zu den vier Messzeitpunkten nahmen insgesamt 11.561 Personen an der Befragung teil. Damit handelt es sich um einen der größten Datensätze, die bisher zu dieser Fragestellung ausgewertet wurden. Da die Fragen einzeln ausgewertet wurden, konnten nur die Personen berücksichtigt werden, die mindestens eines der relevanten Items beantwortet hatten. 191 Personen mussten somit aufgrund fehlender Werte von der Auswertung ausgeschlossen werden. Dadurch ergab sich für die Hauptanalyse eine Gesamtstichprobengröße von 11.370

Tabelle 1			
Anzahl der Befragten aus Ost- und Westdeutschland zu den einzelnen Messzeitpunkten			
Messzeitpunkt	Gesamt	Ost	West
1991	3.037 (100 %)	1.536 (50,6 %)	1.501 (49,4 %)
2000	2.160 (100 %)	767 (35,5 %)	1.393 (64,5 %)
2010	2.781 (100 %)	864 (31,1 %)	1.917 (68,9 %)
2018	3.392 (100 %)	1.072 (31,6 %)	2.320 (68,4 %)
	11.370 (100 %)	4.239 (37,3 %)	7.131 (62,7 %)

Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018). Eigene Darstellung.

(siehe Tabelle 1). Für die Analysen wurden immer all jene Personen berücksichtigt, die die jeweilige Fragestellung bearbeitet hatten. Alle Prozentangaben im Ergebnisteil beziehen sich demnach auf die gültigen Antworten.

Über die Erhebungszeitpunkte hinweg schwankte die Zahl der Teilnehmenden zwischen 2.160 im Jahr 2000 und 3.392 im Jahr 2018. Dabei hatten insgesamt 7.131 Personen (62,7 Prozent) ihren Wohnsitz in den alten und 4.239 Personen (37,3 Prozent) in den neuen Bundesländern. Die Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer ist somit über-

repräsentiert.³ Dies stellt eine der Stärken des Datensatzes dar, da die hohe Fallzahl genutzt werden kann, um besonders aussagekräftige Ergebnisse auch für die ostdeutsche Bevölkerung zu erzielen.

Die Analyse der soziodemographischen Daten ergab, dass insgesamt 51,0 Prozent der Befragten weiblich waren, der Rest war männlich. Das mittlere Alter über alle Befragungen hinweg betrug 48,55 Jahre, wobei das Durchschnittsalter bei den späteren Messzeitpunkten ebenso wie das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung in Deutschland

Tabelle 2			
Verteilung der Alterskohorten in der ost- und westdeutschen Bevölkerung			
Geburtskohorten	Gesamt	Ost	West
bis 1930	1.099 (9,7 %)	463 (10,9 %)	636 (8,9 %)
1931 bis 40	1.464 (12,9 %)	617 (14,6 %)	847 (11,9 %)
1941 bis 50	1.727 (15,2 %)	690 (16,3 %)	1.037 (14,5 %)
1951 bis 60	2.243 (19,7 %)	941 (22,2 %)	1.302 (18,3 %)
1961 bis 70	2.305 (20,3 %)	789 (18,6 %)	1.516 (21,3 %)
1971 bis 80	1.222 (10,7 %)	368 (8,7 %)	854 (12,0 %)
1981 bis 89	841 (7,4 %)	275 (6,5 %)	566 (7,9 %)
nach 1989	451 (4,0 %)	95 (2,2 %)	359 (5,0 %)
Keine Angabe	18 (0,2 %)	4 (0,1 %)	14 (0,2 %)
	11.370 (100 %)	4.239 (100 %)	7.131 (100 %)

Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018). Eigene Darstellung.

³ Laut Statistischem Bundesamt (2019a) lebten im Jahr 2018 ca. 80,5 Prozent der Bevölkerung in den alten Bundesländern, während es in den neuen Bundesländern entsprechend weniger als 20 Prozent waren.

(2018: 44,4 Jahre) zunahm, jedoch insgesamt aufgrund des Befragungsalters ab 18 Jahren leicht über diesem lag (Statistisches Bundesamt 2019b). Die Alters- und Geschlechtsverteilung der ost- und westdeutschen Bevölkerung waren jeweils annähernd identisch, und auch innerhalb der Geburtskohorten ergab sich eine ähnliche Verteilung zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern (siehe Tabelle 2). Die Geburtsjahrgänge 1951-1960 und 1961-1970 waren mit jeweils über 2.500 Befragten insgesamt am häufigsten vertreten, während die jüngeren Generationen ab 1981 am wenigsten häufig befragt wurden.

Die Anzahl der Binnenmigrant*innen zu den jeweiligen Befragungszeitpunkten schien in Anbetracht der starken Binnenwanderungsbewegung (siehe Abschnitt 2.2) geringer als erwartet. 3,6 Prozent der ausgewerteten Teilnehmer*innen gaben an, in Ostdeutschland

geboren zu sein und nun im Westen zu leben. Im Falle der West-Ost-Migrant*innen waren es 1,2 Prozent. Unter Berücksichtigung der Überrepräsentation der ostdeutschen Bevölkerung in der Stichprobe ergibt sich daraus jedoch, dass ungefähr 22,5 Prozent der in Ostdeutschland Geborenen heute im Westen leben, während nur ungefähr 0,8 Prozent der in Westdeutschland Geborenen ihren Lebensmittelpunkt in den Osten verlegt haben. Mit einer Fallzahl von 405 Ost-West- und 132 West-Ost-Migrant*innen kann dies als eine der größten bisher ausgewerteten Stichproben innerdeutscher Ost-West- und West-Ost-Migration gesehen werden. Ob die Stichprobe der Binnenmigrant*innen als für die Grundgesamtheit repräsentativ eingestuft werden kann, ist aufgrund der spärlichen Studienlage kaum zu sagen. Eine ausführliche Beschreibung der Stichprobe erfolgt in Abschnitt 5.4.1.

4 Annahmen und Hypothesen über das Verhältnis zwischen Ost und West

4.1 Die Entwicklung des Fremdheitsempfindens

Das Fremdheitsempfinden gegenüber den Bewohner*innen des je anderen Teil Deutschlands wird als Indikator für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt herangezogen. Das Augenmerk lag dabei weniger auf den Ost-West-Unterschieden als vielmehr auf den Unterschieden zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten sowie den möglichen Differenzen zwischen den Geburtsjahrgängen. Folgende Hypothesen wurden getestet:

1. Das Erleben der Bewohner*innen des jeweils anderen Teils Deutschlands als fremd ist zum ersten Erhebungszeitpunkt am größten und weist dann eine rückläufige Tendenz auf. Mit der Zeit wird die (ehemalige) Spaltung Deutschlands für die Menschen – und mit ihr die Kategorien „Ost-“ und „Westdeutscher“ – also immer weniger wichtig.
2. Über alle Messzeitpunkte hinweg empfinden die älteren Geburtsjahrgänge, die die Teilung Deutschlands aktiv erlebt haben, den je anderen Teil Deutschlands als fremder als die Kohorten, die die Teilung Deutschlands nicht selbst miterlebt haben. Abgesehen von den ältesten Kohorten, die noch vor der Teilung Deutschlands sozialisiert wurden, sollte gelten: Je jünger die Kohorten, desto geringer das Fremdheitsempfinden – es ist maßgeblich die junge Generation, für die die Spaltung und die Kategorien „Ost“ und „West“ immer unwichtiger wird.

Können diese Hypothesen bestätigt werden, so spräche dies für einen wachsenden gesellschaftlichen Zusammenhalt der beiden deutschen Gebiete, der maßgeblich durch die jüngere Generation mitbestimmt wird. Dies könnte als positives Zeichen für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland gewertet werden.

4.2 Die Bewertung der Wiedervereinigung

In Bezug auf die Bewertung der Wiedervereinigung galt es auf der Basis der bisherigen Studienlage, folgende Annahmen zu überprüfen. Zum einen sind Differenzen zwischen Fremd- und Selbsteinschätzung der Wiedervereinigung infolge des Wohngebietes (Ost- oder Westdeutschland) zu erwarten. Auf die Frage, ob die Wiedervereinigung dem Osten beziehungsweise dem Westen mehr Vor- als Nachteile gebracht hat, wird in Bezug auf die Zustimmung erwartet, dass die Befragten die Vorteile für das eigene Wohngebiet geringer einschätzen, als dies die Bewohner*innen des je anderen Wohngebietes tun. Daraus ergeben sich die ersten beiden Hypothesen, die Ost- und Westdeutsche miteinander vergleichen:

1. Die Bewohner*innen der ost- im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern stimmen weniger stark zu, dass die Wiedervereinigung für den Osten mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat. Die Vorteile der Wiedervereinigung für den Osten werden im Osten also weniger gesehen als im Westen.

2. Im Gegenzug stimmen die Bewohner*innen Westdeutschlands im Vergleich zu denen Ostdeutschlands weniger stark zu, dass die Wiedervereinigung für den Westen mehr Vor- als Nachteile gebracht hat. Die Vorteile der Wiedervereinigung für den Westen werden im Osten also als größer wahrgenommen als im Westen.

Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die Wiedervereinigungsbewertung für den eigenen Teil schlechter ausfällt, als für den anderen Teil Deutschlands. Folgende zwei Hypothesen leiten sich daraus ab:

3. Die ostdeutsche Bevölkerung bewertet die Vorteile der Wiedervereinigung für die westdeutschen Bundesländer im Mittel als größer als die Vorteile für die ostdeutschen Bundesländer.
4. Die westdeutsche Bevölkerung bewertet im Gegenzug die Vorteile der Wiedervereinigung für die ostdeutschen Bundesländer im Mittel als größer als für die westdeutschen Bundesländer.

Diese vier Hypothesen greifen vielfach konstatierte Brüche zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen auf. Werden die Vorteile für die eigene Gruppe tatsächlich weniger gesehen als für die je andere, stellt dies ein starkes Indiz nicht nur für immer noch wahrgenommene Unterschiede, sondern vor allem auch für wahrgenommene soziale Benachteiligung dar. Soziale Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse, zwei

Grundvoraussetzungen für demokratischen Zusammenhalt, wären somit in den Augen der Bürger*innen beider deutscher Gebiete noch nicht erreicht.

Einige Analysen des ALLBUS-Datensatzes zu einzelnen Erhebungszeitpunkten, zuletzt von Ragnitz (2019) am Datensatz von 2018, konnten die ersten vier Hypothesen der Tendenz nach bestätigen. Deshalb geht es in der vorliegenden Untersuchung außerdem darum, Effekte zwischen den Erhebungszeitpunkten sowie zwischen den betrachteten Kohorten aufzudecken. Dafür wurden die folgenden Annahmen getestet:

5. Die Gruppenunterschiede zwischen ostdeutscher und westdeutscher Bevölkerung in Bezug auf die Bewertung der Wiedervereinigung sind kurz nach der Wende (zum ersten Messzeitpunkt) am höchsten und zeigen dann eine rückläufige Tendenz. Ost- und Westdeutschland nähern sich, so die Annahme, mit der Zeit in der Bewertung der Wiedervereinigung also an.
6. Über alle Erhebungszeitpunkte hinweg zeigen die früheren Geburtsjahrgänge größere Differenzen in der Bewertung der Wiedervereinigung als jüngere Kohorten. Es ist maßgeblich die junge Generation, die zur Annäherung beiträgt.

Eine Bestätigung dieser Annahme würde die erwarteten Ergebnisse und vielfach konstatierten wahrgenommenen Unterschiede zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung relativieren. Sie würden auf ein stetiges Zusammenwach-

sen der beiden deutschen Gebiete hindeuten, angetrieben von den jungen Generationen, die zu wichtigen Stimmen in der Gesellschaft heranwachsen.

4.3 Exkurs: Der Sozialismus als Idee

In einem Exkurs werden schließlich die Einstellungen zum Sozialismus als Idee untersucht. In Anschluss an eine erstarkende Zustimmung sozialdemokratischer und sozialistischer Strömungen in vielen westlichen Nationen, die vor allem von den jüngeren Generationen getragen wird, rückt bei der Analyse die „Nachwendegeneration“ ins Zentrum. Es soll untersucht werden, ob bei dieser Generation ein Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen ist. Außerdem zielt die Erhebung auf eine Analyse der Identifikation und Befürwortung gewisser Aspekte des DDR-Systems ab. Deshalb werden bedeutsame Unterschiede zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung erwartet, die im Laufe der Zeit jedoch immer weiter abnehmen sollten. Durch den erstarkenden Diskurs um ostdeutsche Identität(en), bei dem die geteilte DDR-Vergangenheit eine bedeutsame Rolle spielen könnte, ist ein Anstieg der Zustimmung zum Sozialismus als Idee zum letzten Erhebungszeitpunkt denkbar. Die Hypothesen lauten wie folgt:

1. Ältere Kohorten zeigen eine höhere Befürwortung zum Sozialismus als Idee als jüngere Kohorten, wobei in der Kohorte der ab 1989 Geborenen ein Wiederanstieg der Zustimmungsrates möglich ist.

2. Die ostdeutsche Bevölkerung gibt eine höhere Zustimmung zum Sozialismus als Idee an als die westdeutsche Bevölkerung.
3. Die Zustimmung zum Sozialismus als Idee sollte dabei zum ersten Erhebungszeitpunkt besonders im Osten am höchsten sein und dann stetig abnehmen, mit einem eventuellen Wiederanstieg zum letzten Erhebungszeitpunkt.

4.4 Stadt, Land, Studium? Soziodemographische und subjektive Einflussfaktoren

Wie in Kapitel 2 dargelegt wurde, unterscheidet sich die ost- und westdeutsche Bevölkerung in vielen strukturellen Aspekten. Berth et al. (2014a; 2019) konnten demonstrieren, dass solche Strukturmerkmale, allen voran das Geschlecht, maßgeblichen Einfluss auf die Bewertung der deutschen Einheit nehmen können. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Belitz et al. 2019) konnte außerdem zeigen, dass zumindest in der Produktivität die Unterschiede zwischen Stadt und Land maßgeblicher sind als die zwischen Ost- und Westdeutschland. Es ist durchaus denkbar, dass dieser Aspekt auch einen Einfluss auf Einstellungen hat und die Bewertung der Wiedervereinigung in ländlichen, strukturschwächeren Regionen deshalb schlechter ausfällt als in urbanen Gebieten. Ein weiterer relevanter Aspekt könnte der Bildungsstatus sein. Dieser übt bekanntermaßen einen entscheidenden Einfluss auf viele Bereiche sozialpolitischer Einstellungen aus, insbesondere

im Bereich der Vorurteilsbildung (Hopf 1991; 1999; Rippl 2006) und könnte deshalb auch in der Selbst- und Fremdbeurteilung der Wiedervereinigung sowie dem Fremdheitsempfinden gegenüber dem je anderen Teil Deutschlands relevant werden. Hinzu kommt, dass niedrig qualifizierte Personen nach der Wiedervereinigung in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen waren, was die Einstellung zur deutschen Einheit ebenfalls nachhaltig geprägt haben könnte (Booth 2010).

In einem weiteren Untersuchungsschritt wurden deshalb diese drei objektiven sozio-ökonomischen Faktoren, Geschlecht, Ortsgröße und Bildungshintergrund, als Kontrollvariable in die Analyse aufgenommen und damit ihr Einfluss auf die Einstellungen zur Wiedervereinigung und das Fremdheitsempfinden analysiert. Damit wurde überprüft, ob sich der Ost-West-Haupteffekt, also die Größe des beobachteten Unterschiedes, durch die Berücksichtigung dieser Variablen verändert, um sicherzustellen, dass es sich bei den beobachteten Unterschieden tatsächlich um Ost-West-Effekte und nicht etwa um Ge-

schlechts-, Bildungs- oder Gemeindegrößen-effekte handelt.⁴

Neben diesen objektiven Faktoren konnte gezeigt werden, dass besonders auch subjektive wirtschaftspolitische Einschätzungen einen Einfluss auf sozialpolitische Einstellungsaspekte ausüben. Als relevante Bereiche wurden deshalb in einem zweiten Schritt die individuelle, subjektive Wirtschaftslage der Befragten⁵, die eigene Schichteinstufung⁶, das politische Interesse⁷ und die politische Selbsteinschätzung als rechts oder links⁸ kontrolliert.

4.5 Auswirkungen der Binnenmigration

Die Untersuchung der Binnenmigration erfolgte aufgrund der spärlichen Studienlage explorativ, das heißt ohne Formulierung von Hypothesen. Da die Nutzung dieses Faktors dazu dienen sollte, sozialisationsbedingte Unterschiede von situationsbedingten Unterschieden zu separieren, sind verschiedene Resultate denkbar. Einerseits ist es möglich, dass sich die Binnenmigrant*innen von der jeweiligen Herkunftsgruppe,⁹ aber nicht von

-
- 4 Für das Geschlecht wurde dabei binär zwischen „männlich“ und „weiblich“ unterschieden, für die Bildung wurde der höchste Schulabschluss erfragt (Kategorien „ohne Abschluss“, „Volks-/Hauptschulabschluss“, „Realschulabschluss“, „Fachhochschulabschluss“, „Abitur/Hochschulreife“, „anderer Schulabschluss“, „noch Schüler“). Die Gemeindegröße wurde erst ab dem Erhebungszeitpunkt 2000 einheitlich erfasst (Kategorien „bis 1.999 Einwohner“, „2.000- 4.999 Einw.“, „5.000-19.999 Einw.“, „20.000-49.999 Einw.“, „50.000-99.999 Einw.“, „100.000-499.999 Einw.“, „500.000 und mehr Einw.“).
- 5 Erfasst durch die Frage „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?“ auf einer fünfstufigen Skala von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“.
- 6 Erfasst durch die Frage „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?“ mit den Antwortkategorien „Unterschicht“, „Arbeiterschicht“, „Mittelschicht“, „obere Mittelschicht“ und „Oberschicht“.
- 7 Erfasst durch die Frage „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ auf einer fünfstufigen Skala von „sehr stark“ bis „überhaupt nicht“.
- 8 Erfasst auf einer zehnstufigen Skala von „links“ bis „rechts“.
- 9 Im Fall der Ost-West-Migrant*innen sind dies diejenigen, die im Osten geboren wurden und dort geblieben sind, während es im Fall der West-Ost-Migrant*innen entsprechend die im Westen Geborenen und dort Gebliebenen sind.

der Gruppe des aktuellen Wohnortes unterscheiden. Ist Letzteres der Fall, kann davon ausgegangen werden, dass situationsbedingte Einflüsse auf Einstellungsaspekte überwiegen. Anders formuliert: Wer in Ostdeutschland lebt, ähnelt in den Einstellungen den anderen Ostdeutschen – egal, ob man zuvor im Westen geboren und aufgewachsen ist oder nicht. Sind die Binnenmigrant*innen in ihren Einstellungen ihrer Herkunftsgruppe näher, kann dies als Hinweis auf sozialisationsbedingte Einstellungsaspekte gewertet werden. Dies würde bedeuten, dass die Erfahrungen aus der Kindheit und Jugend auch heute noch die Einstellungen prägen, auch wenn man mittlerweile im anderen Teil Deutschlands lebt.

Auch die Differenzen zwischen den beiden Binnenmigrationsgruppen sind von Interesse. Unterscheiden sich die Binnenmigrant*innen maßgeblich voneinander, ist davon auszugehen, dass die gefundenen Sozialisations- bzw. Situationseinflüsse besonders bedeutsam sind. Fehlende Unterschiede zwischen den beiden Migrationsgruppen können auf eine allgemeinere Form von migrationsbedingten Einstellungsunterschieden hindeuten, die von konkreten Sozialisations- und Situationsfaktoren mehr oder weniger unabhängig sind. „Wossis“ wären dann – bezüglich ihrer Einstellungen – eine eigenständige Gruppe, unabhängig davon, ob man aus dem Westen in den Osten oder umgekehrt migriert ist.

5 Ergebnisse

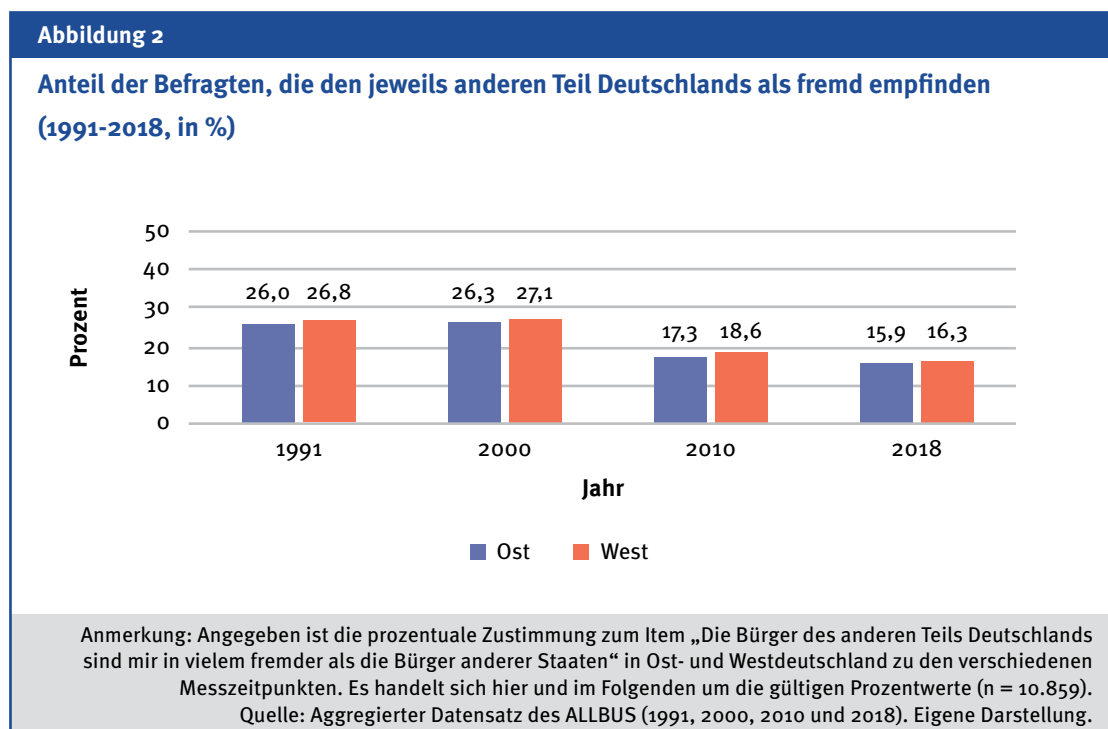
5.1 Stetige Abnahme des Fremdheitsempfindens

Das Fremdheitsempfinden gegenüber den Bewohner*innen des je anderen Teil Deutschlands stellt als Indikator für demokratischen Zusammenhalt einen zentralen Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit dar. Ein großes Fremdheitsempfinden zwischen den beiden Gruppen würde dabei für große wahrgenommene Differenzen und fehlende soziale Kohäsion sprechen.

Die vorab formulierten Hypothesen konnten dabei nur teilweise bestätigt werden. Wie erwartet, konnten keine bedeutsamen Unterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung gefunden werden; 21,2 Prozent der Westdeutschen und 21,6 Prozent der Ostdeutschen gaben an, dass ihnen die Bürger*in-

nen des je anderen Teil Deutschlands fremder seien als die Bürger*innen anderer Staaten. Unter Berücksichtigung der recht drastischen Formulierung der Fragestellung, muss diese Zustimmungsrate als hoch eingestuft werden: Immerhin jeder Fünfte stimmte zu.

In Abbildung 2 ist die prozentuale Zustimmung der beiden Gruppen zu den einzelnen Messzeitpunkten abgetragen. Es ergibt sich das erwartete Bild; die Zustimmung ist über die Jahre hinweg rückläufig. Es lässt sich insbesondere ein Einbruch des Fremdheitsempfindens zwischen den Jahren 2000 und 2010 verzeichnen. Während die Zustimmung im Jahr 2000 noch bei 26,8 Prozent lag, sank sie im Jahr 2010 auf 18,2 Prozent ab. Dabei lässt sich zeigen, dass sich die beiden früheren Erhebungsjahre tatsächlich signifikant von den beiden späteren unterscheiden und nicht auf



zufällige Schwankungen zurückzuführen sind. Zwischen den Jahren 1991 und 2000 sowie den Jahren 2010 und 2018 konnte jedoch kein signifikanter Unterschied ermittelt werden. Mit anderen Worten: Der Rückgang in der Zustimmung zu dieser Aussage des Fremdheitsempfindens fand besonders in den Jahren zwischen 2000 und 2010 statt. Insgesamt ist die Stärke dieses Effektes jedoch als gering einzustufen.

Bemerkenswerterweise lässt sich, entgegen der Erwartung, auch in Bezug auf die Geburtskohorten kein signifikanter Unterschied feststellen. Dies widerlegt die Hypothese, dass die älteren Generationen die Bewohner*innen des anderen Teils als fremder wahrnehmen als die jüngeren Generationen. Das aktive Miterleben der Teilung Deutschlands sowie der darauffolgenden Prozesse der Wiedervereinigung prägen das Fremdheitserleben im Gegensatz zum reinen zeitlichen Abstand demnach nicht in relevantem Maße mit. Dies könnte aber auch ein Hinweis sein, dass aktuelle politische Entwicklungen für den demokratischen Zusammenhalt als wichtiger einzustufen sind als Generationenzugehörigkeiten. Darüber hinaus kann auch ein fehlender innerdeutscher Austausch das Fremdheitserleben begünstigen. Dass die Interaktion mit den Bewohner*innen des je anderen Teil Deutschlands diese Wahrnehmung verändern kann, wird in Abschnitt zur Binnenmigration erörtert: Die „Wossis“ zeigen im Vergleich zu den Gruppen ohne Binnenmigrationserfahrung ein deutlich geringeres Fremdheitserleben.

Zuletzt wurde der Einfluss der verschiedenen soziodemographischen und subjektiven Einflussfaktoren auf das Fremdheitserleben

untersucht. Da sich in der vorliegenden Untersuchung keine Ost-West-Unterschiede fanden, ist es umso interessanter, welche Faktoren darüber hinaus für diese Bewertung bedeutsam sind. Bei den objektiven Strukturmerkmalen zeigen Geschlecht, Ortsgröße und Bildungsstand einen signifikanten, jedoch nur marginalen bis kleinen Effekt. Männliche Befragte mit niedrigerem Bildungsstand aus ländlichen Regionen bewerteten die Bewohner des je anderen Teils Deutschlands tendenziell als fremder, wobei der Einfluss der Bildung zwar am größten ausfiel, jedoch immer noch als klein einzustufen ist.

Auch im Bereich der subjektiven Einflussfaktoren leisten alle betrachteten Größen einen signifikanten, jedoch sehr kleinen Beitrag zur Erklärung der Unterschiede im Fremdheitsempfinden. Tendenziell erleben besonders solche Personen die Bewohner*innen des je anderen Teils Deutschlands als fremd, die ihre eigene Wirtschaftslage als schlechter, ihr politisches Interesse als geringer und ihre eigene Schichtzugehörigkeit als niedriger einschätzen. Politisch sehen sich diese Personen tendenziell eher als linksgerichtet. Alle Effektstärken sind jedoch als marginal einzustufen.

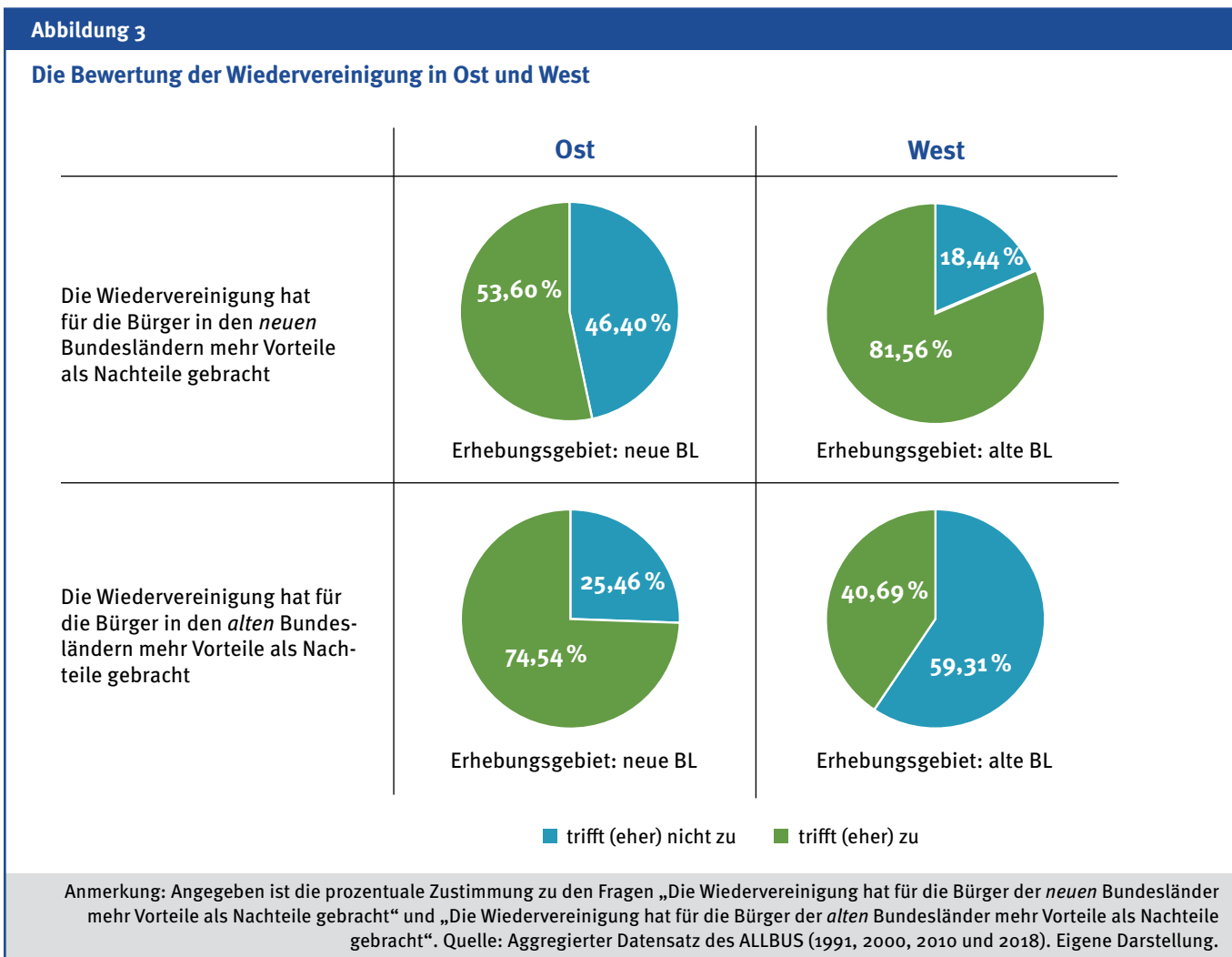
Unabhängig vom aktuellen Wohnort und vom Geburtsjahrgang wachsen die beiden Teile Deutschlands im Erleben der Bewohner*innen demnach stetig zusammen. Auch heute, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, ist das Fremdheitserleben jedoch als hoch einzustufen. Neben der zeitlichen Distanz zur Wiedervereinigung wirkt sich der Bildungsstand der Befragten am stärksten auf das Fremdheitserleben aus. Um den demokratischen Zusammenhalt in Deutschland weiter zu fördern, ist

es daher naheliegend, über Bildungsarbeit den innerdeutschen Austausch zu fördern und das Verständnis für die Geschichte und Auswirkungen der deutschen Teilung zu stärken.

5.2 Annäherung beim Blick auf die Wiedervereinigung

Neben dem Fremdheitserleben des je anderen Teil Deutschlands wurde die Bewertung der Wiedervereinigung als zentrales Maß der

empfundene sozialen Kohäsion herangezogen. Abbildung 3 gibt einen Überblick über die prozentuale Zustimmung der Bürger*innen der alten und neuen Bundesländer zu den Vorteilen der Wiedervereinigung für die jeweiligen Regionen. In den folgenden Abschnitten wird zunächst auf die Einschätzung der Vorteile für die neuen Bundesländer durch die ost- und westdeutsche Bevölkerung eingegangen (Zeile 1). Danach werden die Ergebnisse aus Zeile 2, also die unterschiedlichen Blickwinkel auf



die Vorteile für die alten Bundesländer analysiert. Zuletzt erfolgt eine Analyse der Selbst- vs. Fremdeinschätzung (Spalten 1 und 2), bei der die Frage im Mittelpunkt steht, welche der beiden Gruppen sich selbst im Vergleich zur je anderen Gruppe im Nachteil sieht.

5.2.1 „Der Osten profitiert mehr“

Betrachtet man die Bewertung der Vor- und Nachteile der Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer aufgeteilt nach dem jeweiligen Erhebungsgebiet in Ost- oder Westdeutschland (Zeile 1) ergibt sich das prognostizierte Bild. Über alle Erhebungszeitpunkte hinweg stimmt die ostdeutsche Bevölkerung der Aussage, dass die Wiedervereinigung für die

neuen Bundesländer mehr Vor- als Nachteile bedeutete, in 53,6 Prozent der Fälle zu. Innerhalb der westdeutschen Bevölkerung lag die Zustimmung sogar bei 81,6 Prozent – deutlich mehr West- als Ostdeutsche denken also, dass der Osten von der Wiedervereinigung profitiert hat. Damit ergibt sich, wie erwartet, eine deutlich positivere Fremd- als Eigenbewertung.

Die Unterschiede in der Bewertung der Vorteile für die neuen Bundesländer in der ostdeutschen und westdeutschen Bevölkerung können insgesamt als bedeutsam eingestuft werden. Betrachtet man lediglich die Unterschiede der beiden Wohngebiete, ohne Berücksichtigung von Zeit- und Kohorteneffekten, ergibt sich ein mittlerer Effekt.

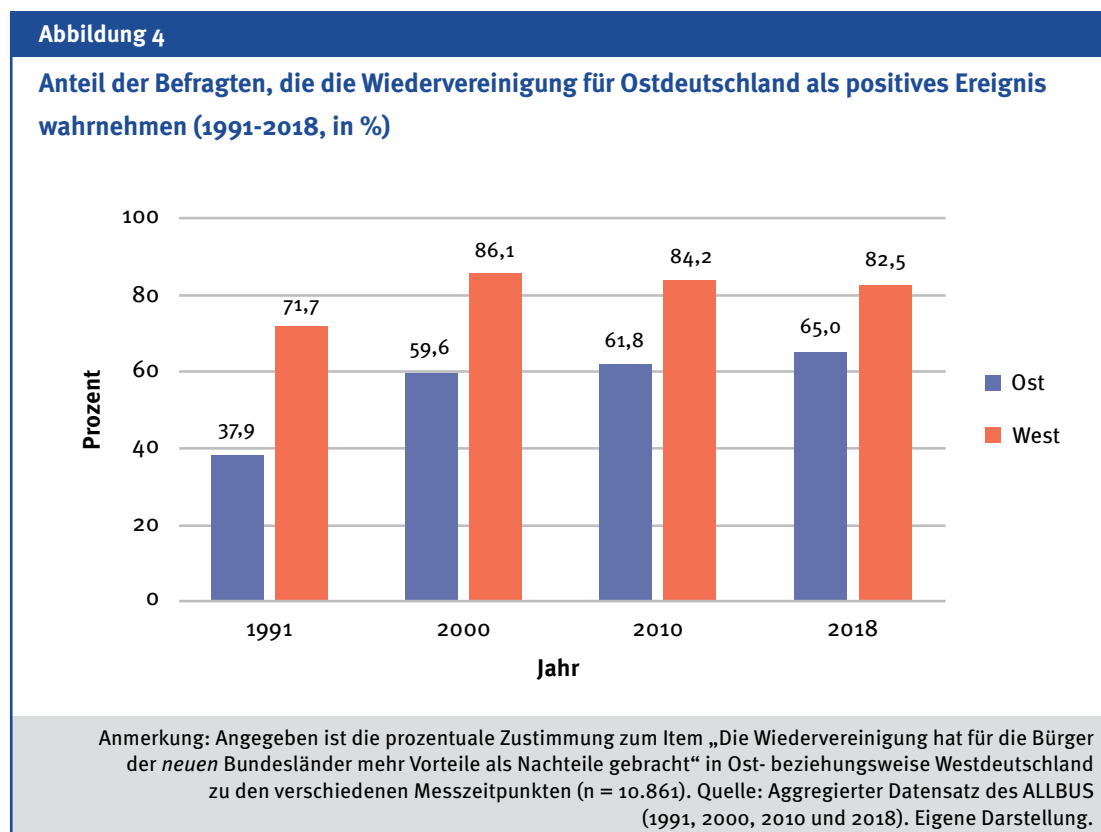


Abbildung 4 trägt die prozentuale Zustimmung der beiden Gruppen zu den unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten ab. Inferenzstatistisch ergibt sich in den Jahren 1991 und 2000 jeweils eine mittelgradige Auswirkung der Gruppenzugehörigkeit. Hier unterscheidet sich die westdeutsche Einschätzung also besonders stark von der Ostdeutschen. Im Jahr 2000 ist eine sprunghafte Annäherung der Bewertungen zu verzeichnen. Schließlich schlägt der Effekt im Jahr 2018 nur noch schwach zu Buche.

Prozentual lassen sich diese Auswirkungen der Tendenz nach weiter untersuchen. Auch deskriptiv ergibt sich in der ostdeutschen Bevölkerung der größte Bewertungsunterschied zwischen 1991 und 2000. Die Zustimmung zur Aussage, dass „die Wiedervereinigung für die Bürger der neuen Bundesländer mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat“ erhöht sich hier von 37,9 Prozent auf 59,6 Prozent. In den folgenden Jahren nimmt die Zustimmungsrate zwar weiter zu, aber selbst im Jahr 2018 sehen nur knapp zwei Drittel der befragten Bewohner*innen der neuen Bundesländer mehr Vor- als Nachteile in der Wiedervereinigung. Dies verweist auf zweierlei: Einerseits wird deutlich, dass unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR kaum ein*e Ostdeutsche*r an positive Folgen der Wiedervereinigung glaubte, mit der Zeit ist diese Sicht aber zur Mehrheitsmeinung geworden. Andererseits gibt es auch heute noch grob ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung, dass

dieser Aussage nicht zustimmt – ein deutliches Zeichen gegen allzu freudentaumelnde Einschätzungen über das Zusammenwachsen der deutschen Gesellschaft. Auch in der westdeutschen Bevölkerung zeichnen sich Unterschiede zwischen den Erhebungszeitpunkten ab. Während die Zustimmung zwischen 1991 und 2000 ansteigt (von 71,7 Prozent auf 86,1 Prozent), ist die Rate seither leicht rückläufig und liegt 2018 bei 82,5 Prozent. Westdeutsche hatten demnach auch kurz nach der Wende schon eine positivere Sicht als Ostdeutsche auf die Frage der Vorteile für den Osten und behielten diese auch weitestgehend bei.

Die separate Analyse der Geburtsjahrgänge ermöglicht die Spezifikation dieser Annäherungstendenz. Abbildung 5 gibt die prozentuale Zustimmung der jeweiligen Geburtsjahrgänge in Ost- beziehungsweise Westdeutschland an. Auch hier ergibt sich das vorhergesagte Bild: Insgesamt bestehen die größten Unterschiede in den älteren Generationen; sie verringern sich, mit leichten Schwankungen, stetig bei jüngeren Jahrgängen. Die Tendenz spiegelt sich im Effektstärkemaß η^2 wider; zwar finden sich in allen Jahrgängen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die Einflussgröße nimmt jedoch kontinuierlich ab.¹⁰ Die Vorteile der Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer werden demnach auch von der Nachwendegeneration der Bewohner*innen der beiden Gebiete unterschiedlich beurteilt.

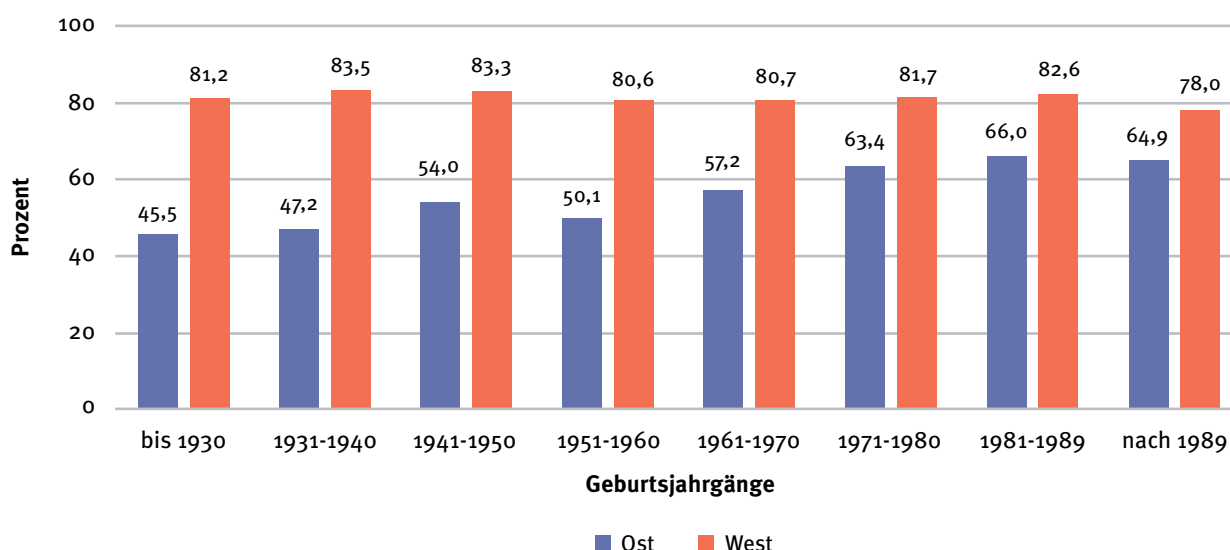
¹⁰ Die deskriptiv geringere Zustimmung der ostdeutschen Bevölkerung bei der jüngsten Geburtskohorte kann auf zufällige Schwankungen zurückgeführt werden.

Nach Aufnahme der Variablen *Erhebungszeitpunkt* und *Geburtsjahrgang* als Faktoren in das Modell reduziert sich die Stärke des Gruppeneffektes drastisch und kann nunmehr als klein bewertet werden. Diese deutliche Verringerung des Einflusses spricht dafür, dass es besonders in der Bewertung der Vorteile für den Osten eine zeitliche Annäherungstendenz gegeben hat, die sowohl vom Messzeitpunkt als auch vom Geburtsjahrgang abhängt: Je größer der zeitliche Abstand zur Wiedervereinigung und je jünger die Befragten, desto ähnlicher beurteilt die ost- und westdeutsche Bevölkerung die Vorteile für die Bewohner*innen der neuen Bundesländer.

Eine Analyse der soziodemographischen Daten ergibt, dass sowohl Geschlecht als auch Bildungsabschluss bei der Bewertung der Vorteile durch die Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer eine signifikante, aber marginale Rolle spielt. In Einklang mit den Ergebnissen der *Sächsischen Längsschnittstudie* sehen Männer und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss in der Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer mehr Vorteile. Die Gemeindegröße fällt als Einflussfaktor gar nicht ins Gewicht, womit auch ein Stadt-Land-Effekt ausgeschlossen werden kann. Insgesamt wird deutlich, dass der Effekt des Ost-West-Unterschiedes wesentlich bedeutsamer ist als Diffe-

Abbildung 5

Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Ostdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen nach Geburtsjahrgängen (in %)



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Zustimmung zum Item „Die Wiedervereinigung hat für die Bürger der *neuen* Bundesländer mehr Vorteile als Nachteile gebracht“ in Ost- beziehungsweise Westdeutschland nach Geburtsjahrgängen (n = 10.843).
Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018). Eigene Darstellung.

renzen in Geschlecht und Bildungsabschluss. Auch unter Berücksichtigung dieser Faktoren bleiben die entsprechenden Effektstärken mit minimalen Schwankungen erhalten.

Die subjektiven Merkmale zeigen ebenfalls durchweg signifikante, jedoch insgesamt nur kleine Auswirkungen. Befragte, die ein höheres politisches Interesse angeben und sich eher den höheren Schichten zuordnen, bewerten die Vorteile der Wiedervereinigung für den Osten in der Tendenz positiver, während Personen, die die eigene Wirtschaftslage als schlecht einschätzen und sich politisch eher links verorten weniger Vorteile in der Wiedervereinigung für die ostdeutsche Bevölkerung sehen. Diese Ergebnisse sind besonders vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass sich die subjektive Wirtschaftslage und politische Selbstverortung im Fall der Bewertung der Vorteile für die alten Bundesländer nicht als signifikante Einflussfaktoren herausstellen. Bei der Bewertung der Vorteile der Wiedervereinigung für den Osten scheint es sich somit um ein stärker subjektives und politisch aufgeladenes Thema zu handeln als im Fall der Einschätzung der Vorteile für den Westen. Außerdem könnte eine Verneinung der Vorteile der Wiedervereinigung für die ostdeutsche Bevölkerung bei den politisch eher Linksgerichteten als Indiz für eine gewisse Trauer um das verlorene sozialistische System und die damit einhergehenden sozialpolitischen Vorteile gewertet werden. Möglich wäre jedoch auch die Interpretation, dass wirtschaftliche und kulturelle Benachteiligungen – wie sie für das heutige Ostdeutschland ja gut dokumentiert sind – von politisch

links eingestellten Personen in besonderem Maße als Ausdruck eines gescheiterten Wiedervereinigungsprozesses gewertet werden.

Bei der Bewertung der Vorteile der Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer handelt es sich somit nach wie vor um ein politisch brisantes Thema, das ein nicht zu unterschätzendes Potential für gesellschaftliche Spaltungsprozesse aufweist. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass sich unter Berücksichtigung der zeitlichen Effekte eine klare Annäherungstendenz offenbart, die von den jüngeren Generationen maßgeblich mitgetragen wird und die Ost-West-Unterschiede drastisch verringert.

5.2.2 Die späte Einsicht des Westens

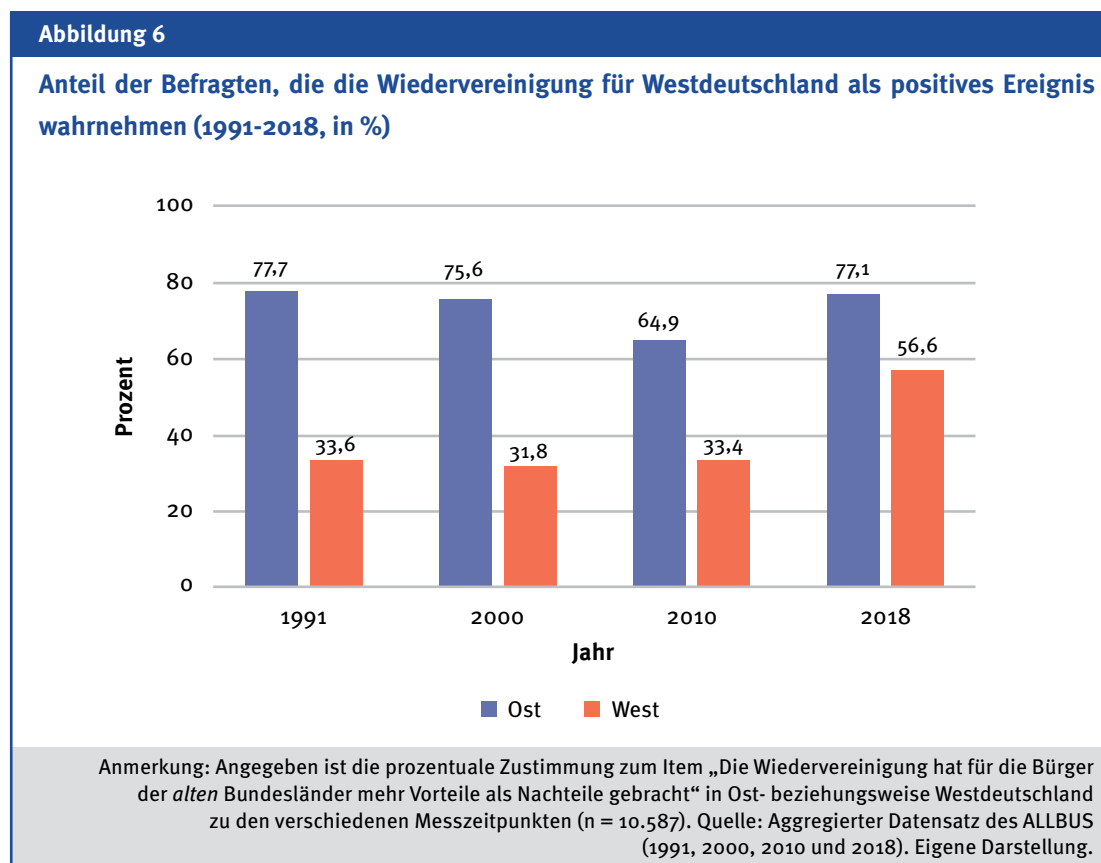
Nun gilt es die Bewertung der Wiedervereinigung für die alten Bundesländer im Detail zu untersuchen ([Abbildung 3, Zeile 2](#)). Auch hier zeigen sich deskriptiv die prognostizierten Unterschiede. Interessanterweise fallen diese hier sogar noch größer aus als im Fall der neuen Bundesländer. Knapp 41 Prozent der Bevölkerung Westdeutschlands stimmten über die Zeit hinweg der Aussage zu, dass die Wiedervereinigung dort mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat. In der ostdeutschen Bevölkerung lag die Zustimmung entsprechend höher, bei 74,5 Prozent. Dieser Unterschied spiegelt sich auch in der Effektstärke wider, in der Auswertung nach Wohngebiet ergibt sich ein mittlerer Effekt.

Abbildung 6 zeigt die prozentuale Zustimmung in der ost- und westdeutschen Bevölkerung zu den vier Erhebungszeitpunkten. Die vorhergesagte Tendenz tritt hier ebenfalls

ein: In den Jahren 1991 und 2000 erlangt der Ost-West-Unterschied noch eine außerordentlich hohe Effektstärke. Bemerkenswert ist an dieser Stelle der zeitgleiche drastische Rückgang der Einflussstärke im Jahr 2010. Dieser Rückgang vom Jahr 2000 auf 2010 war bereits im Fremdheitsempfinden des je anderen Teils Deutschlands sowie in der Bewertung der Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer zu verzeichnen. Dies spricht dafür, dass besonders dieser Zeitraum für das Zusammenwachsen der ost- und westdeutschen Bevölkerung bedeutsam ist. Hierfür kommen verschiedene externe Ereignisse als Erklärungsfaktoren infrage; besonders die Fußballweltmeisterschaft

in Deutschland 2006 sowie die überstandene Bankenkrise 2008 könnten zu einem stärkeren Gefühl von Zusammenhalt – zumindest entlang der Frage Ost und West – in der Gesellschaft geführt haben.

Die rückläufige Tendenz lässt sich einerseits auf eine (späte) Verbesserung der Bewertung der Wiedervereinigung durch die westdeutsche Bevölkerung selbst zurückführen. In den Jahren 1991 bis 2010 sahen nur ungefähr ein Drittel der befragten Westdeutschen in der Wiedervereinigung mehr Vor- als Nachteile für den Westen. Erst 2018 kam es zu einem sprunghaften Anstieg: 56,6 Prozent, weit mehr als die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung,



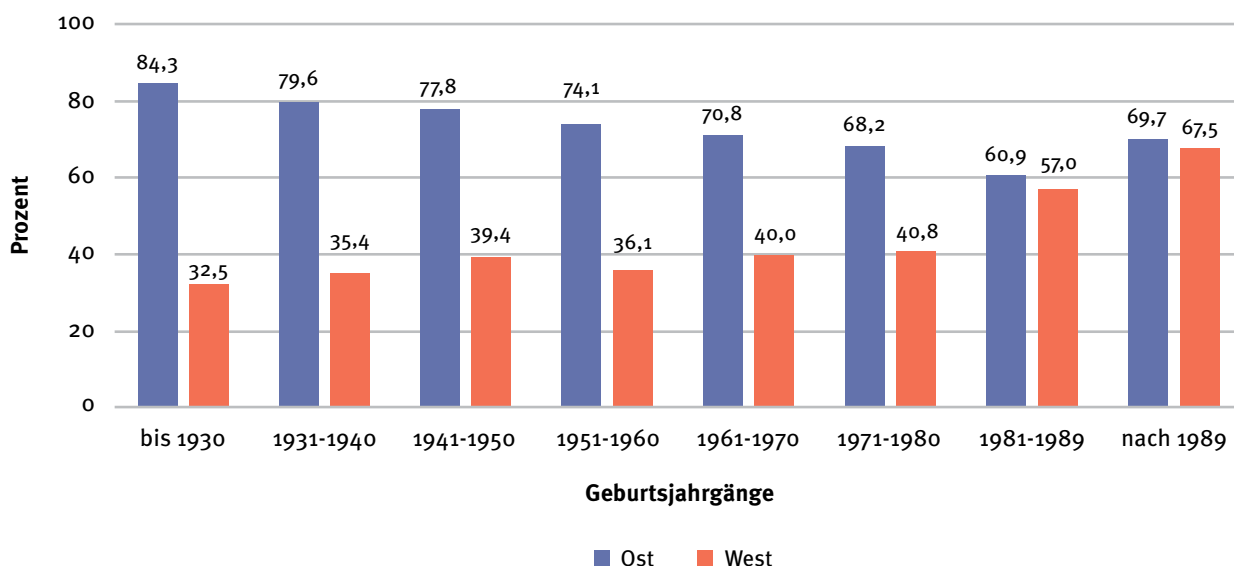
stimmen nun zu, dass die Wiedervereinigung für den Westen mehr Vor- als Nachteile gebracht habe. Bei den Bürger*innen der neuen Bundesländer schwankt die Zustimmung nur leicht zwischen 64,9 Prozent im Jahr 2010 und 77,7 Prozent im Jahr 1991. Zuletzt konnte eine Zustimmungsrate von 77,1 Prozent verzeichnet werden.

Der Rückgang der Effektstärken erschließt sich andererseits, wie zuvor, durch eine Betrachtung der Geburtsjahrgänge. Abbildung 7 bildet die prozentuale Zustimmung in den jeweiligen Kohorten in Ost- und Westdeutschland ab. Während es in den älteren Genera-

tionen noch offensichtliche Unterschiede zwischen ostdeutscher und westdeutscher Bevölkerung gibt, wird sichtbar, dass diese für die Generationen ab 1981 kaum mehr ins Gewicht fallen. Dies spiegelt sich entsprechend in den Effektstärken wider; in den Generationen bis 1940 ist die Differenz zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung außerordentlich groß, in den Jahrgängen 1981 bis 1989 zeigt sich schließlich kaum noch eine Auswirkung. Die Generation nach 1989 weist gar keine bedeutsamen Ost-West-Unterschiede mehr auf; 69,7 Prozent der ostdeutschen und 67,5 Prozent der westdeutschen Bürger*innen sehen in

Abbildung 7

Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Westdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen nach Geburtsjahrgängen (in %)



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Zustimmung zum Item „Die Wiedervereinigung hat für die Bürger der *alten* Bundesländer mehr Vorteile als Nachteile gebracht“ in Ost- beziehungsweise Westdeutschland nach Geburtsjahrgängen (n = 10.570).
 Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018). Eigene Darstellung.

der Wiedervereinigung für die alten Bundesländer mehr Vor- als Nachteile. Die späte Einsicht der westdeutschen Bevölkerung in die eigenen Vorteile durch die Wiedervereinigung kann demnach nicht nur auf die zeitliche Distanz zur Wiedervereinigung zurückgeführt werden. Auch die Stichprobenszusammensetzung des letzten Erhebungszeitpunktes ist für den Anstieg der Zustimmung mit verantwortlich: 2018 nimmt der Anteil der Angehörigen der „Nachwendegeneration“ in der Stichprobe stark zu. Anscheinend bedurfte es in der westdeutschen Bevölkerung einer ganz neuen Generation ohne Teilungserfahrung, um die eigenen Vorteile aus der Wiedervereinigung zu sehen.

In Bezug auf den Einfluss soziodemographischer Faktoren auf die Bewertung der Wiedervereinigung für die alten Bundesländer ergibt sich dasselbe Bild wie zuvor. Geschlecht und Bildungsabschluss bilden signifikante, aber marginale Einflussgrößen, die die gleiche Tendenz aufweisen; Männer und Personen mit höherem Bildungsabschluss sehen mehr Vorteile der Wiedervereinigung für die westdeutschen Bundesländer. Die Gemeindegröße fällt auch hier als Einflussfaktor nicht ins Gewicht und der Ost-West-Unterschied verändert sich unter Berücksichtigung der entsprechenden Faktoren nicht.

Im Gegensatz dazu weisen die subjektiven Faktoren, wie bereits erwähnt, Unterschiede zur vorherigen Analyse auf. Zwar geht auch hier ein höheres politisches Interesse mit einer besseren Bewertung der Wiedervereinigung einher. In Bezug auf die SchichtEinstufung fällt allerdings eine bemerkenswerte Ost-West-

Divergenz ins Auge. Während eine positive Bewertung der Wiedervereinigung für die alten Bundesländer insgesamt mit einer niedrigeren subjektiven SchichtEinstufung einhergeht, wird die Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer eher von den Angehörigen der höheren Schichten positiv bewertet. Weder die politische Selbsteinschätzung als rechts oder links noch die subjektive Wirtschaftslage fallen bei der Bewertung der Vorteile für die alten Bundesländer ins Gewicht.

Insgesamt bildet die Bewertung der Vorteile für die alten Bundesländer damit ein Spiegelbild der zuvor betrachteten Bewertung der Vorteile für die neuen Bundesländer. Die westdeutsche Bevölkerung zeichnet sich durch eine schlechtere Bewertung aus als die ostdeutsche, wobei die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen hier noch stärker ausgeprägt sind als zuvor. Die Generationen- und Zeiteffekte reduzieren die Ost-West-Differenz stark, was primär auf einen drastischen Anstieg der positiven Bewertungen innerhalb der westdeutschen Bevölkerung zum letzten Messzeitpunkt zurückzuführen ist. Die Einsicht, dass auch die alten Bundesländer von der Vereinigung profitierten, kam in der westdeutschen Bevölkerung damit erst eine ganze Generation nach dem Mauerfall.

5.2.3 Der Mythos des „Jammer-Ossis“

In einem weiteren Analyseschritt wurde untersucht, wie stark sich die Bewertung der Wiedervereinigung für die eigenen Bundesländer im Vergleich zu der Bewertung des je anderen Teils unterscheidet. Die Untersuchung

des Stereotyps des „Jammer-Ossis“, der die eigenen Vorteile nicht sehen möchte, stand dabei ebenso im Zentrum, wie die allgemein vermutete Tendenz, die eigenen Vorteile weniger zu sehen als die der anderen. Letzteres konnte wie erwartet statistisch bestätigt werden. Sowohl in der ostdeutschen als auch in der westdeutschen Bevölkerung gestaltet sich die Bewertung der Vorteile für die Eigengruppe bedeutend negativer als die Bewertung der Vorteile für die je andere Gruppe. Prozentual sehen dabei 53,6 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung mehr Vor- als Nachteile für die neuen Bundesländer, während nur 41 Prozent der westdeutschen diese für die „eigenen“, die alten Bundesländer sehen. Entgegen des Stereotyps sieht die ostdeutsche Bevölkerung die eigenen Vorteile demnach eher als es in der westdeutschen Bevölkerung der Fall ist.

Diese Divergenz bestätigt sich bei einer Gegenüberstellung der Selbstbewertung, also den empfundenen Vorteilen für die eigene Region, im Vergleich zur Fremdbewertung, also den empfundenen Vorteilen für den je anderen Teil Deutschlands. Sie ist in der westdeutschen Bevölkerung bedeutend größer als in der ostdeutschen Bevölkerung; Prozentual liegt der Unterschied in der westdeutschen Bevölkerung bei knapp 40 Prozent, während er in

Ostdeutschland bei lediglich 20 Prozent liegt. Das Effektmaß *Cohen's d* erreicht dementsprechend bei der Einschätzung der westdeutschen Bevölkerung sehr hohe Werte, während die ostdeutsche Bevölkerung nur einen mittleren Effekt im Unterschied zwischen Selbst- und Fremdbewertung zeigt. Obwohl beide Gruppen die Vorteile der Wiedervereinigung tendenziell im je anderen Teil Deutschlands verorten, entpuppt sich also entgegen dem Stereotyp des „Jammer-Ossis“ die westdeutsche Bevölkerung viel eher als „Jammerer“. Wenngleich bisherige Forschungsergebnisse zeigen konnten, dass bis heute eher die ostdeutsche Bevölkerung aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt wird, ist die westdeutsche Bevölkerung offensichtlich viel weniger bereit, die eigenen Vorteile der Wiedervereinigung einzugestehen; eine Einsicht, die dem Annäherungsprozess zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen sicherlich zugutekommen würde.¹¹

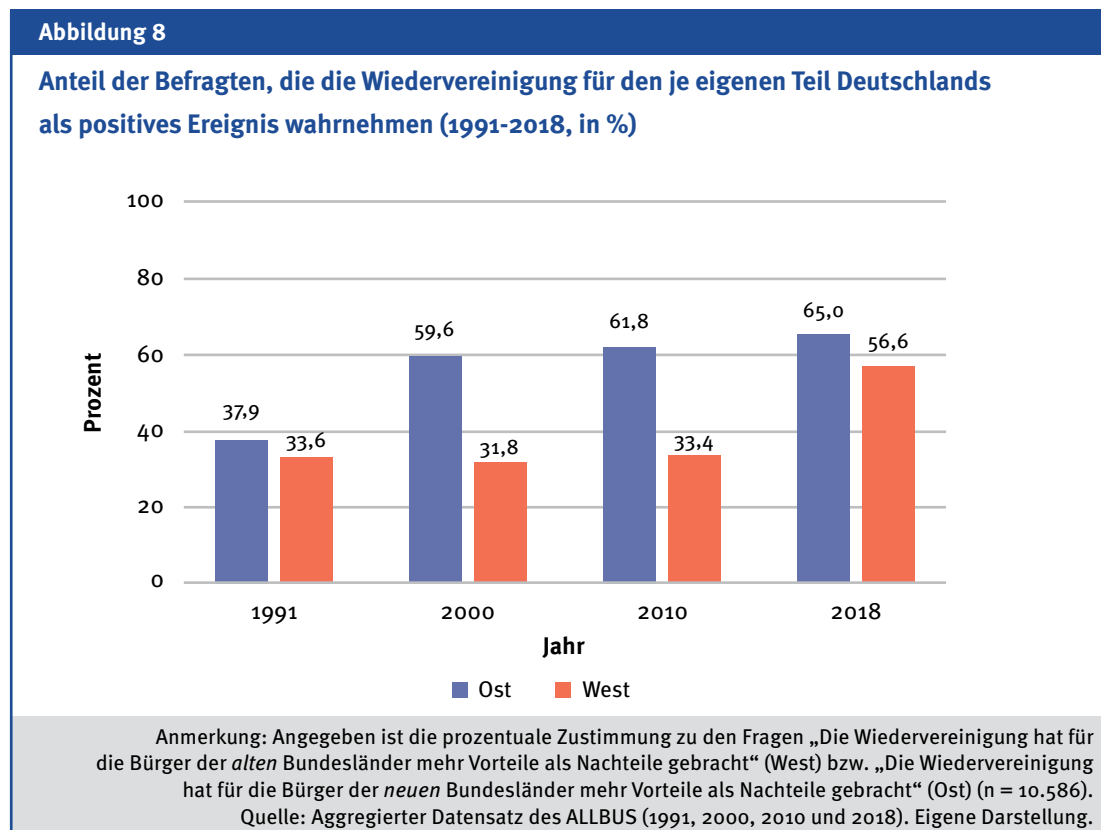
Um diesem Phänomen des „Jammer-Wessis“ genauer auf den Grund zu gehen, können die Selbstbewertungen der ost- und westdeutschen Bevölkerung zu den unterschiedlichen Messzeitpunkten analysiert werden.¹² Abbildung 8 zeigt die prozentuale Zustimmung zu der Frage, ob die Wiedervereinigung für die Bevölkerung des je eigenen Teils Deutsch-

11 Dies steht im Einklang mit Ergebnissen einer Umfrage der Universität Leipzig aus dem Jahr 1994. Die ostdeutsche Bevölkerung zeichnete sich dort im Gegensatz zur westdeutschen durch ein starkes Selbstbewusstsein aus, das sich vor allem in der Bewertung der zwischenmenschlichen Beziehungen äußerte. Ostdeutsche spürten stärkere soziale Unterstützung und schätzten sich selbst als warmherziger und liebevoller ein (Redaktion Neues Deutschland 1996; Hessel et al. 1999).

12 Zur Untersuchung dieses Aspekts wurden die Antworten aus den beiden vorherigen Fragen in eine neue Variable überführt, die die Einstellung zum je eigenen Teil Deutschlands enthielt. Die Frage war demnach nicht im Originaldatensatz enthalten, konnte jedoch durch diese Transformation ohne inhaltliche oder statistische Einbußen erstellt werden.

lands mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat. Im Zeitverlauf ergibt sich dabei ein unerwarteter Befund. Unter Berücksichtigung des Erhebungszeitpunktes ist die Stärke der Unterschiede der Selbstbewertung in ostdeutscher und westdeutscher Bevölkerung als gering einzustufen. Es zeigt sich, dass sich die Bewertung der eigenen Vorteile im Jahr 1991 bei den Bewohner*innen der alten und neuen Bundesländer nicht unterscheidet. Im Jahr 2000 findet sich dann der größte Unterschied, der eine mittlere Stärke aufweist. Seither ist die Tendenz wieder rückläufig mit einer verschwindend geringen Effektstärke im Jahr 2018. Diese Ergebnisse sprechen für eine anfängliche Skepsis in Bezug auf die eigenen Vorteile durch die Wiederverei-

nigung, die in der ostdeutschen Bevölkerung schneller als in der westdeutschen Bevölkerung einer weit verbreiteten Zustimmung gewichen ist. Entgegen der bekannten These, dass auf die Wiedervereinigung eine gewisse Ernüchterung und ein Hoffnungsverlust folgten, zeichnet sich hier ab, dass die empfundenen eigenen Vorteile der Wiedervereinigung mit wachsendem zeitlichen Abstand in beiden Teilen Deutschlands zunehmen. Beim „Jammer-Wessi“ scheint es sich somit um ein aussterbendes Phänomen zu handeln; in den Jahren nach der Wende blieb die Skepsis in der westdeutschen Bevölkerung länger erhalten und wich erst spät einer überwiegenden Zustimmung. Mit dem Heranwachsen einer neuen Generation geht damit eine



neue Sichtweise auf den Wiedervereinigungsprozess einher.

Betrachtet man nun die Bewertung der Vorteile der Wiedervereinigung für die Bevölkerung des je eigenen Teils Deutschlands, ergibt sich in Bezug auf die objektiven Strukturmerkmale ebenfalls ein unerwartetes Bild. Geschlecht und Ortsgröße üben einen zwar signifikanten, aber vernachlässigbaren Effekt aus; konkret schätzen Männer und Personen, die in urbaneren Regionen leben, die eigenen Vorteile aus der Wiedervereinigung als größer ein. Im Fall der Bildung wird jedoch deutlich, dass diese für die Bewertung der eigenen Vorteile gegenüber dem Ost-West-Unterschied als relevanterer Einflussfaktor zu bewerten ist. Um die eigenen Vorteile der Wiedervereinigung zu sehen, ist es demnach nicht nur maßgeblich, in welchem Teil Deutschlands man lebt, sondern vor allem, welchen Bildungshintergrund man mitbringt. Auch wenn alle Auswirkungen nur als klein einzustufen sind, so spricht dieses Ergebnis dennoch dafür, dass Bildung einen wesentlichen Faktor bei der Bewertung der eigenen Vorteile durch die Wiedervereinigung darstellt. Vor allem vor dem Hintergrund eines durch Schulschließungen beeinträchtigten Bildungsangebotes in vielen ostdeutschen Regionen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018) erhält dieser Befund weitere politische Brisanz.¹³

Ein ähnlich überraschender Effekt ergibt sich auch bei den subjektiven Einflussfaktoren. Alle

betrachteten Dimensionen haben einen Einfluss auf die Bewertung der eigenen Vorteile, wobei hier die Bewertung der eigenen Wirtschaftslage sowie das politische Interesse am stärksten ins Gewicht fielen. Befragte, die ihre eigene Wirtschaftslage positiver bewerteten und ihr politisches Interesse als stärker beschrieben, sahen auch mehr Vorteile in der Wiedervereinigung für den eigenen Teil Deutschlands. Politische Bildung kann also als wichtiger Ansatzpunkt für das Vorantreiben des Wiedervereinigungsprozesses gesehen werden.

Wie dieser Abschnitt zeigen konnte, stellen sich die Unterschiede zwischen der Bewertung der eigenen Vorteile durch die Wiedervereinigung im Vergleich zur Bewertung der Vorteile des je anderen Teils Deutschlands in der westdeutschen Bevölkerung besonders stark dar. Dennoch scheint das Phänomen des „Jammer-Wessis“, der die Vorteile stets beim Anderen verortet, nur von relativ kurzer Dauer. Im Jahr 2018 sind die Bewertungen in Ost und West wieder beinahe identisch und nähern sich der Tendenz nach weiter an.

5.3 Exkurs: Kein „Revival“ des Sozialismus bei Jüngeren

Die Untersuchung der Einstellungen zum Sozialismus als Idee zielte darauf ab, zu analysieren, ob in den letzten Jahren ein Revival, also ein Wiedererstarken der Befürwortung,

¹³ Der demographische Wandel geht in vielen ostdeutschen Landkreisen mit einem Rückgang des Bildungsangebotes einher. In den Jahren 2006 bis 2016 wurden 16 Prozent der allgemeinbildenden Schulen geschlossen oder zusammengelegt. Auch der Personalschlüssel an Schulen ist in Ostdeutschland bedeutend schlechter (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018).

in der gesamten deutschen Bevölkerung zu beobachten war. Da die Zustimmung zu sozialistisch orientierten Positionen in vielen westlichen Ländern vor allem in den jüngeren Generationen anwächst, wurde bei dieser Analyse vor allem die „Nachwendegeneration“ in den Blick genommen. Außerdem wurden Ost-West-Unterschiede untersucht. Letztere konnten, wie erwartet, aufgedeckt werden: Über alle Messzeitpunkte hinweg ist die Zustimmung in den neuen Bundesländern mit 74,9 Prozent bedeutend höher als in den alten Bundesländern, wo sie bei gerade mal 46,3 Prozent liegt. Damit stimmen fast drei Viertel der Bewohner*innen der neuen Bundesländer der Aussage zu, dass der Sozialismus eine gute Idee ist, die nur schlecht ausgeführt wurde, während es

in den alten Bundesländern weniger als die Hälfte sind. Testet man diese Differenzen inferenzstatistisch, so ergibt sich eine mittlere Gesamteffektstärke. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Messzeitpunkte und Kohorten reduziert sich der Einfluss allerdings und ist als klein einzustufen.

Entgegen der Vorannahme, dass es beim letzten Erhebungszeitpunkt zu einem Wiedererstarken der Zustimmung zum Sozialismus kommen könnte, zeigt Abbildung 9, dass zwischen den einzelnen Messzeitpunkten geringe Unterschiede bestehen. Unter Berücksichtigung der Ost-West-Unterschiede fallen sie kaum ins Gewicht. Es kann also nicht von einem Revival des Sozialismus in den vergangenen zehn Jahren gesprochen werden.

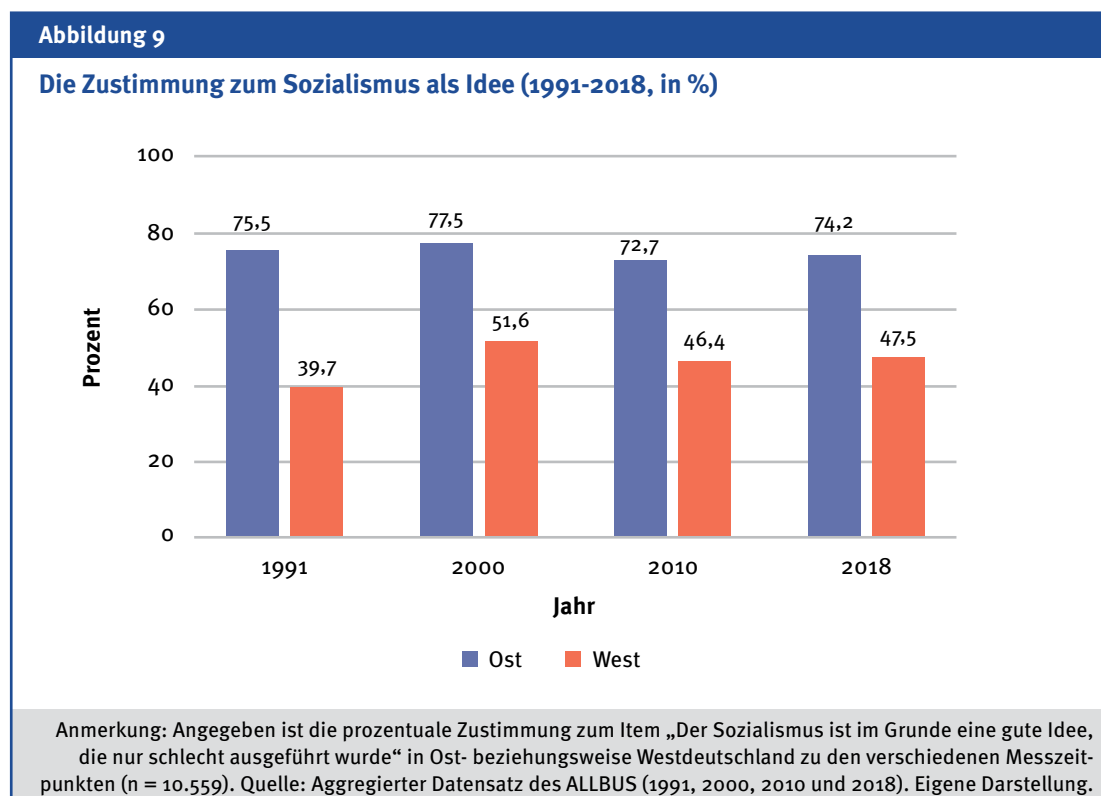
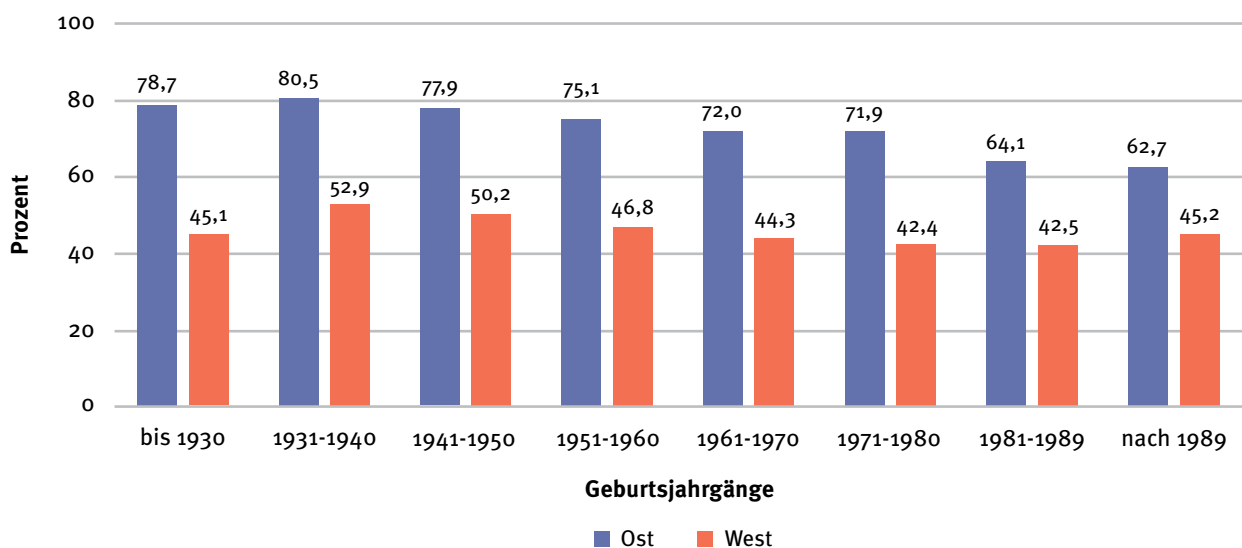


Abbildung 10 bildet die prozentuale Zustimmung in den einzelnen Geburtsjahrgängen ab. Entgegen der Annahme, dass es in den jüngeren Generationen zu einem Wiedererstarken der Befürwortung des Sozialismus gekommen sein könnte, zeigt sich ein kontinuierlicher Abwärtstrend bei der Zustimmung der jüngeren Kohorten.¹⁴ Während in der gesamten Stichprobe über die Hälfte der Befragten den Sozialismus der Idee nach befürworten, stimmen in den Jahrgängen ab 1989, also der Nachwendegeneration, nur noch 37,5 Prozent zu. Die Zustimmung innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung ist dabei nach wie vor etwas höher.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass zwischen den politischen Entwicklungen Deutschlands im Vergleich zu anderen westlichen Nationen, wie den USA, Frankreich und dem Vereinigten Königreich, durchaus Unterschiede zu verzeichnen sind. Die jüngeren Generationen scheinen weniger geneigt, sich dem Sozialismus als Idee zuzuwenden. Dies mag einerseits historisch bedingt sein; eine negative Verknüpfung mit dem autoritären Herrschaftssystem der DDR ist durchaus denkbar und steht in Einklang mit der starken Befürwortung der deutschen Einheit in dieser Generation. Wie die Studie von Faus und Storks (2019) zei-

Abbildung 10

Die Zustimmung zum Sozialismus als Idee nach Geburtsjahrgängen (in %)



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Zustimmung zum Item „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ in Ost- beziehungsweise Westdeutschland nach Geburtsjahrgängen (n = 10.543). Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018). Eigene Darstellung.

14 Der leichte Anstieg der Zustimmung in der Generation ab 1989 der westdeutschen Bevölkerung kann auf zufällige Schwankungen zurückgeführt werden.

gen konnte, verliert die Teilung Deutschlands in der Nachwendegeneration an Relevanz und der Begriff des Sozialismus könnte daher auch veraltet und überholt wirken. Im Gegensatz dazu wird der Begriff beispielsweise in den USA eher mit einer sozialdemokratischen Politikausrichtung in Verbindung gebracht und eine mögliche negative historische Verknüpfung scheint dabei eher in den Hintergrund zu treten.

Zusätzlich kann man die Zustimmung zum Sozialismus als Indikator für eine Identifikation mit Teilen des DDR-Systems innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung heranziehen. Im Einklang mit den Ergebnissen der *Sächsischen Längsschnittstudie* kann dann festgehalten werden, dass in Ostdeutschland nach wie vor eine große Verbundenheit zur DDR vorherrscht, die in den letzten 30 Jahren jedoch rückläufig war. Besonders die Jahrgänge mit DDR-Sozialisation weisen eine hohe Zustimmung zum Sozialismus als Idee auf. Aber selbst in den jüngeren Jahrgängen stimmen noch über 60 Prozent der Befragten dem Sozialismus als Idee zu.

Zuletzt ergab die Berücksichtigung der objektiven Strukturmerkmale einen signifikanten, aber sehr geringen Einfluss von Geschlecht, Gemeindegröße und Bildungshintergrund. Frauen aus ländlicheren Regionen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss bewerten den Sozialismus tendenziell positiver. Nach der Wiedervereinigung waren Frauen und gering Qualifizierte besonders häufig von Arbeitslosigkeit bedroht (Booth 2010), dies hat sich offensichtlich nachhaltig auf die Bewertung ausgewirkt.

Der Einfluss der subjektiven Einstellungsfaktoren weist signifikante, aber marginale Effektstärken auf. Lediglich die Selbsteinschätzung als politisch rechts- beziehungsweise linksgerichtet zeigt einen stärkeren Effekt, der sogar den Einfluss der Zugehörigkeit zur ost- beziehungsweise westdeutschen Bevölkerung übersteigt. Um die Zustimmung zum Sozialismus als Idee zu prognostizieren, ist die Selbsteinschätzung als politisch linksgerichtet demnach geeigneter als der aktuelle Wohnort in Ostdeutschland. Beide Prädiktoren zeigen jedoch einen bedeutsamen Einfluss auf die Zustimmung zum Sozialismus als Idee.

Es bleibt anzumerken, dass die beobachtete Differenz zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung in Bezug auf das politische System noch nicht notwendigerweise einen spaltenden oder gar demokratiefeindlichen Zug annehmen muss. Die Frage zielt in ihrer Formulierung vielmehr auf eine Abgrenzung zu den verschiedenen Spielarten sozialistischer Regierungsformen ab und schließt damit eine kritische Distanz zu der Umsetzung in vergangenen Systemen, wie sie sich beispielsweise auch in reformsozialistischen Protestbewegungen der DDR äußerte, nicht aus (Lindner 2014). Die Berücksichtigung unterschiedlicher Erfahrungen und eine Offenheit gegenüber anderen (demokratischen) Vorstellungen des gesellschaftlichen Miteinanders könnten damit ein Potenzial für progressive Entwicklungen – z. B. im Sinne eines stärkeren politischen Engagements oder hinsichtlich egalitärer sozialpolitischer Vorstellungen – darstellen, wenn solche Stimmen im öffentlichen Diskurs auch wahr- und ernst genommen werden.

5.4 Die Binnenmigrant*innen als Vorbilder

Die Gruppe der Binnenmigrant*innen stellen in der Forschung eine bisher wenig betrachtete Gruppierung dar. Wie zuvor dargestellt wurde, weisen bisherige Untersuchungen jedoch auf starke Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Binnenmigrationserfahrung hin. Eine Untersuchung dieses Phänomens erlaubt daher nicht nur eine differenziertere Aufschlüsselung der zum Klischee verkommenen „Ossis“ und „Wessis“, sondern ermöglicht es darüber hinaus, sozialisationsbedingte von situationsbedingten Auswirkungen auf verschiedene Einstellungsdimensionen zu trennen. Damit kann also auch die Frage beleuchtet werden, welche Aspekte für die Herausbildung persönlicher Meinungen und Positionen in besonderer Weise relevant sind.

Für die Betrachtung der Binnenmigrant*innen wurde die Stichprobe in vier Gruppen unterteilt:¹⁵

1. Personen, die Kindheit und Jugend in den neuen Bundesländern verbracht hatten und zum Zeitpunkt der Befragung immer noch dort lebten (Gruppe Ost-Ost);
2. Personen, die Kindheit und Jugend in den neuen Bundesländern verbracht hatten und zum Zeitpunkt der Befragung in den alten Bundesländern lebten (Gruppe Ost → West);
3. Personen, die Kindheit und Jugend in den alten Bundesländern verbracht hatten und

zum Zeitpunkt der Befragung immer noch dort lebten (Gruppe West-West);

4. Personen, die Kindheit und Jugend in den alten Bundesländern verbrachten und zum Zeitpunkt der Befragung in den neuen Bundesländern lebten (Gruppe West → Ost).

Da es sich bei der vorliegenden Stichprobe um eine der größten bisher untersuchten Binnenmigrationsgruppen handelt, werden zunächst allgemeine soziodemographische Daten präsentiert, um zu beleuchten, wie sich die beiden Gruppen der Binnenmigrant*innen im Gegensatz zu den Nichtmigrant*innen zusammensetzen. Danach folgt eine explorative Analyse der relevanten Fragestellungen; zunächst wird das Fremdheitsempfinden der beiden Binnenmigrationsgruppen untersucht, um herauszufinden, wie der soziale Zusammenhalt aus Sicht der Binnenmigrant*innen zu beurteilen ist. Danach wird der jeweilige Blick auf die Vorteile der deutschen Einheit für die alten und neuen Bundesländer aufgeschlüsselt und mit den Einstellungen der Gruppen der im Osten bzw. Westen Gebliebenen verglichen. Insgesamt sollen die Analysen Aufschluss darüber geben, ob und in welchen Fällen die Binnenmigrant*innen in ihren Einstellungen eher den Bürger*innen ihres Geburts- und Sozialisationsortes ähneln und in welchen Fällen sie in ihren Einstellungen den Bürger*innen des jetzigen Wohnortes gleichen. Auch die Möglichkeit eines speziellen „Wossi“-Effekts soll

¹⁵ Befragte, die Kindheit oder Jugend im Ausland oder den ehemaligen deutschen Gebieten verbrachten, oder solche, die keine Angaben zur Sozialisation gemacht haben, wurden für die folgenden Analysen nicht berücksichtigt (n = 1.364; 12 Prozent aller Befragten).

überprüft werden. Dieser wäre dann gegeben, wenn sich die beiden Binnenmigrationsgruppen ähneln, aber maßgeblich von den Gruppen ohne Binnenmigrationserfahrung unterscheiden (vgl. Abschnitt 5.4). Für die Analyse der Einstellungsunterschiede wurden wie zuvor die Gruppenzuteilung sowie der Erhebungszeitpunkt als Einflussfaktoren ins Modell aufgenommen. Auf eine Aufschlüsselung nach Geburtsjahrgängen wurde aufgrund der geringen Fallzahl verzichtet. Auch die Betrachtung der Einstellung zum Sozialismus als Idee entfällt hier.

5.4.1 Wer sind die Binnenmigrant*innen?

Tabelle 3 gibt den prozentualen Anteil der Binnenmigrant*innen an der Gesamtstichprobe der jeweiligen Erhebungszeitpunkte wieder. Im Mittel machten die Ost-West-Migrant*innen 3,6 Prozent aller Befragten aus, die West-Ost-Migrant*innen stellten 1,2 Prozent der Befragten. Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung entspricht dies ca. 22,5 Prozent bzw 0,8 Prozent der im Osten bzw. im Westen Geborenen.

53,3 Prozent der Ost-West-Migrant*innen waren weiblich, während es im Fall der West-Ost-Migrant*innen 51,0 Prozent waren. Eine Überrepräsentation der jungen Frauen in der Gruppe der Ost-West-Migrant*innen, wie sie durch andere Studien nahegelegt wird, kann in der vorliegenden Stichprobe demnach deskriptiv bestätigt werden, wobei der Unterschied kleiner ausfiel als erwartet.

Obwohl aktuelle Studien vor allem von der Binnenmigration junger Erwachsener berichten, lag das mittlere Alter der hier betrachteten beiden Binnenmigrationsgruppen leicht über dem Gesamtdurchschnitt (50,19 Jahre für die Ost-West-Migrant*innen, 51,04 Jahre für die West-Ost-Migrant*innen und 48,55 Jahre in der Gesamtstichprobe). Dieser Unterschied erwies sich jedoch nicht als statistisch signifikant. Da der Zeitpunkt der Binnenmigration nicht miterhoben wurde, ist unklar, ob dieser Trend nicht vielmehr darauf zurückzuführen ist, dass die Binnenmigration zum Zeitpunkt der Befragung bereits einige Jahre zurücklag.

Messzeitpunkt	Ost → West	West → Ost
1991	91 (ca. 21,1%)	32 (ca. 0,6%)
2000	66 (ca. 18,7%)	12 (ca. 0,4%)
2010	121 (ca. 25,3%)	30 (ca. 0,8%)
2018	127 (24,5%)	56 (ca. 1,2%)
	405 (ca. 22,5%)	132 (ca. 0,8%)

Anmerkung: Die Prozentangaben beschreiben den geschätzten Anteil der Binnenmigrant*innen an der Gesamtzahl aller im jeweiligen Teil Deutschlands Geborenen. Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018) sowie Daten des Statistischen Bundesamtes zu Bevölkerungsstand und Migrant*innenanteil der jeweiligen Jahre. Eigene Darstellung.

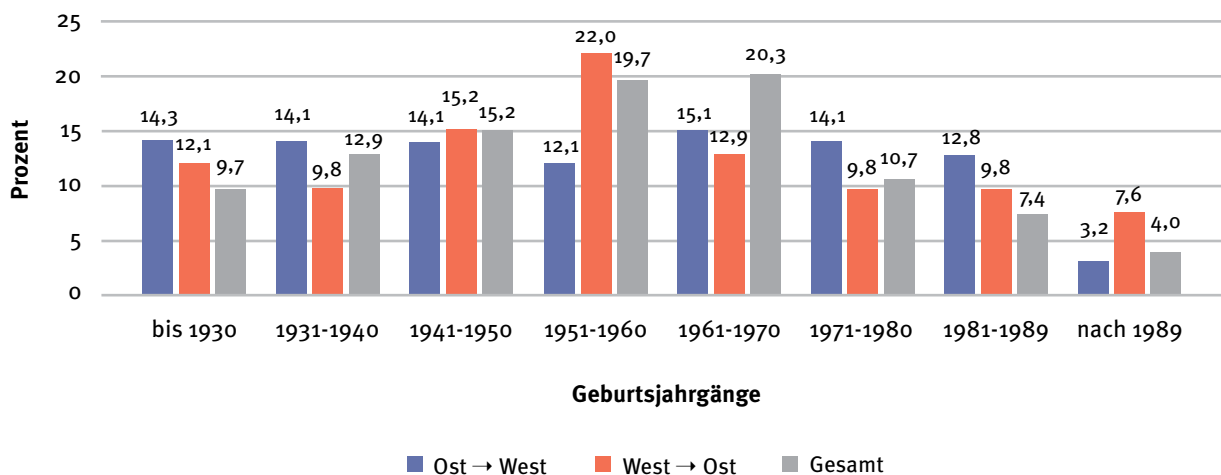
Im Fall der Ost-West-Migration ist dabei auch der große Anteil derer zu beachten, die bereits vor 1989 aus der DDR geflohen sind (zwischen 1961 und 1989 flohen knapp drei Millionen Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik, vgl. Kowalczuk 2005). Abbildung 11 verdeutlicht, dass die unterschiedliche Altersstruktur auch mit einer differierenden Verteilung der Alterskohorten einhergeht. In der Gruppe der Ost-West-Migrant*innen sind die älteren Geburtskohorten (Jahrgänge bis 1940) deutlich stärker vertreten. Darüber hinaus ist jedoch auch ein hoher prozentualer Anteil jüngerer Geburtskohorten (Jahrgänge 1971 bis 1989) zu verzeichnen. Dies deutet darauf hin, dass die Migration von Ost- nach Westdeutschland besonders zwei Altersgruppen betraf; eine ältere Gruppe, die

vielleicht schon vor der Wende, zumeist wohl aus politischen Gründen, nach Westdeutschland flüchtete, und eine jüngere Gruppe, die die Grenzöffnung nutzte, um die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern. Die Daten legen außerdem nahe, dass die Nachwendegeneration ab 1989 in Ostdeutschland weniger häufig nach Westdeutschland migriert. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich die Lebensbedingungen in Ostdeutschland in den Augen der jüngsten Generationen verbessert haben und die neuen Bundesländer als Lebensmittelpunkt an Attraktivität gewonnen haben.

Eine Betrachtung der Geburtsjahrgänge der West-Ost-Migrant*innen zeigt einen besonders hohen prozentualen Anteil von zwischen 1951 bis 1960 Geborenen. Eine mögliche Ursache

Abbildung 11

Prozentuale Verteilung der Alterskohorten der Binnenmigrant*innen im Vergleich zum Gesamtmittel (in %)

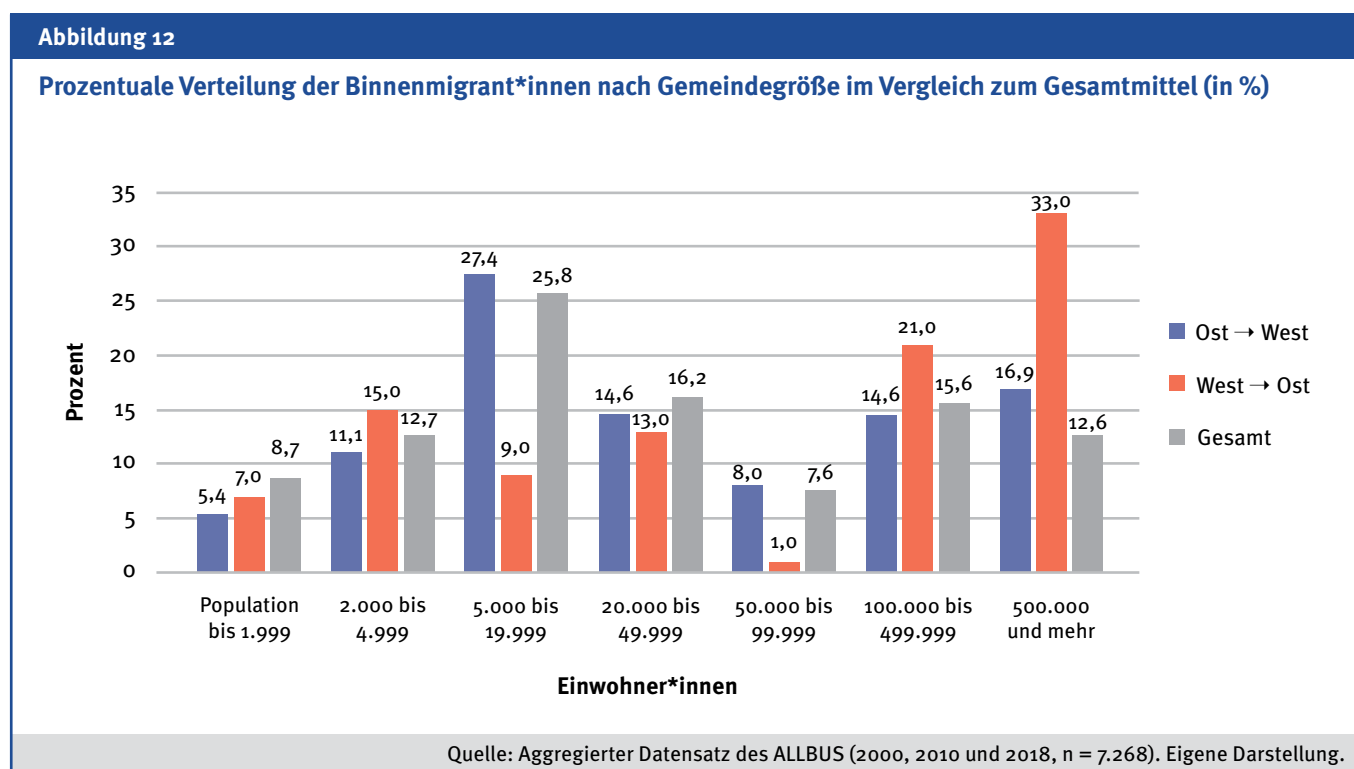


Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018, n = 9.998). Eigene Darstellung.

dieser Überrepräsentation ist die, dass besonders diese Gruppe der beim Mauerfall 30- bis 40-Jährigen berufliche Chancen und noch ungenutzte Gelegenheiten in den neuen Bundesländern sahen und deswegen in den Osten gingen. Denkbar ist aber auch, dass sie aus privaten Gründen, beispielsweise familiär bedingt, in die neuen Bundesländer abwanderten. Der im Vergleich zum Gesamtmittel recht große Anteil der jüngeren Jahrgänge ab 1981 kann hingegen als Anzeichen gewertet werden, dass vermehrt junge Westdeutsche zum Studium oder aus beruflichen Gründen nach Ostdeutschland ziehen. Dies spiegelt sich auch im Bildungs-

abschluss wider; 42,4 Prozent der Befragten West-Ost-Migrant*innen gaben die Hochschulreife als höchsten Bildungsabschluss an, während es bei den Ost-West-Migrant*innen nur 23,7 Prozent waren. Der Gesamtdurchschnitt der Personen mit Hochschulreife betrug in der vorliegenden Stichprobe 21,7 Prozent.¹⁶

Auch die Gemeindegröße des aktuellen Wohnortes kann als Indiz für eine wachsende Attraktivität ostdeutscher Städte für Westdeutsche gewertet werden. Sie wurde in der vorliegenden Stichprobe erst ab dem Jahr 2000 erhoben. Abbildung 12 zeigt, dass ein beachtlicher Anteil der West-Ost-Migrant*innen



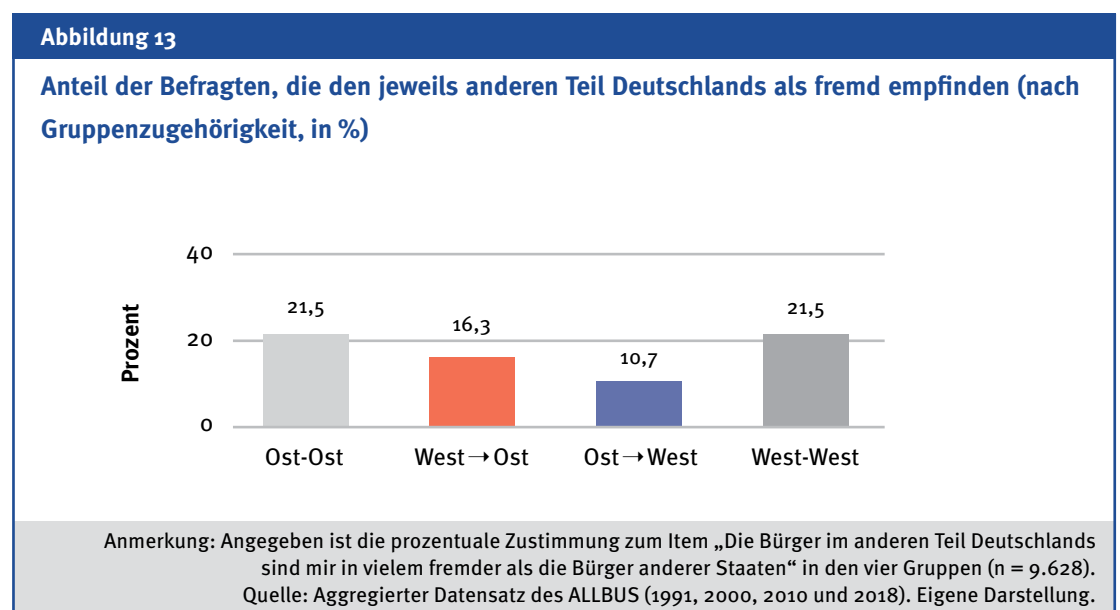
¹⁶ Das Statistische Bundesamt gibt für 2018 einen Durchschnitt von 31,9 Prozent an, während es 2008 nur 24,4 Prozent waren. Es ist davon auszugehen, dass der Gesamtdurchschnitt in früheren Jahren noch geringer ausfiel und der prozentuale Anteil dadurch als repräsentativ angesehen werden kann (Statistisches Bundesamt 2019c).

zum Zeitpunkt der Befragung in Städten ab 100.000 Einwohnern lebt. Dies passt mit dem Befund zusammen, dass 2017 zum ersten Mal mehr Menschen vom Westen in den Osten zogen als umgekehrt (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2020b) – und insbesondere die ostdeutschen Städte Dresden und Leipzig zunehmend zu studentisch-alternativ geprägten Kulturhauptstädten heranwachsen. Auch die Ost-West-Migrant*innen leben zum Zeitpunkt der Befragung häufiger in Großstädten als das Gesamtmedium. Hier zeichnet sich jedoch zugleich eine deutliche Überrepräsentation von Ost-West-Migrant*innen ab, die in Kleinstädten leben. Dies kann als Anzeichen dafür gewertet werden, dass Ost-West-Migration auch familienbedingt oder aufgrund eines erwarteten höheren Gesamtlebensstandards stattfindet, während es die West-Ost-Migrant*innen eher in größere Städte zieht, in denen sich entsprechende Chancen am Arbeitsmarkt bieten.

5.4.2 Der „Wossi“-Effekt

Das Fremdheitserleben gegenüber dem anderen Teil Deutschlands diente als zentraler Indikator für den sozialen Zusammenhalt zwischen den beiden deutschen Gebieten, da ein Erleben der je anderen Bevölkerungsgruppe als fremdartig auf eine große Relevanz der Gruppenidentitäten als Ost- beziehungsweise Westdeutsche*r hindeutet. In dieser Frage nehmen die beiden Binnenmigrationsgruppen eine Vorreiterposition ein.

Abbildung 13 gibt die prozentuale Zustimmung der vier Gruppen wieder. Es ergibt sich hier ein sehr kleiner, aber statistisch signifikanter Gruppeneffekt, der in der vorherigen Analyse, die sich ausschließlich auf den derzeitigen Wohnort konzentrierte, nicht aufgedeckt wurde. Die beiden Binnenmigrationsgruppen bilden hier eine Einheit – sozusagen eine „Wossi“-Gruppe – und zeigen im Mittel geringere Zustimmungswerte zum Erleben



des anderen Teil Deutschlands als fremd. Die Gruppe der Ost-West-Migrant*innen weist hier die geringsten Werte insgesamt auf: Nur etwas mehr als zehn Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass ihnen die Bürger [sic] im anderen Teil Deutschlands in vielem fremder sind als die Bürger [sic] anderer Staaten. Im Fall der beiden Gruppen ohne Binnenmigrationserfahrung ist nach wie vor mehr als jeder Fünfte. Dabei muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass es sich bei der Bewertung der Binnenmigrant*innen um eine Bewertung der Region handelt, in der sie geboren und sozialisiert wurden. Immerhin zehn Prozent der Binnenmigranten drücken damit ein Fremdheitsempfinden gegenüber der Gruppe aus, mit der sie einen maßgeblichen Teil ihres Lebens verbracht haben. Auch an dieser Stelle spielen Binnenmigrationszeitpunkt sowie individuelle Beweggründe sicherlich eine bedeutsame Rolle. Eine Person, die aus politischen Gründen noch vor 1989 aus der DDR geflohen ist, wird ein anderes Bild von der Bevölkerung ihrer Herkunftsregion haben als eine solche, die zum Studium vom Westen in den Osten migrierte.

Der ebenfalls als gering zu beurteilende Einfluss des Erhebungszeitpunktes ergibt sich daraus, dass die Zustimmung mit zunehmender zeitlicher Distanz zur Wiedervereinigung abnimmt. Die vier Gruppen entwickeln sich dabei über die Zeit hinweg alle gleich: Wir wachsen zusammen und erleben den je anderen Teil als weniger fremd – an der Spitze dieser Entwicklung stehen allerdings die „Wossis“.

5.4.3 Vorreiter*innen der Wiedervereinigung

Die Bewertung der deutschen Einheit diene als Indiz für eine wahrgenommene gesellschaftliche Spaltung. Große Differenzen in der Bewertung der Vorteile durch die Wiedervereinigung für die Region des aktuellen Wohnortes im Vergleich zur je anderen Region Deutschlands deutet dabei auf wahrgenommene Differenzen zwischen den beiden deutschen Teilen hin. Im Fall der Binnenmigrant*innen soll außerdem überprüft werden, ob sie in ihren Einstellungen eher der Herkunftsgruppe oder der Gruppe des aktuellen Wohnortes ähneln, um sozialisations- von situationsbedingten Einflussgrößen auf diesen Einstellungsebenen zu differenzieren.

Abbildung 14 gibt die prozentuale Zustimmung der vier untersuchten Gruppen zu den beiden Fragen wieder, ob die Wiedervereinigung für die alten beziehungsweise die neuen Bundesländer mehr Vorteile als Nachteile bedeutete. Insgesamt wird deutlich, dass die Binnenmigrationsgruppen ein ausgewogeneres Bild der Wiedervereinigung aufweisen als die beiden Gruppen ohne Binnenmigrationserfahrung. Sie sehen Vor- und Nachteile für beide deutschen Gebiete.

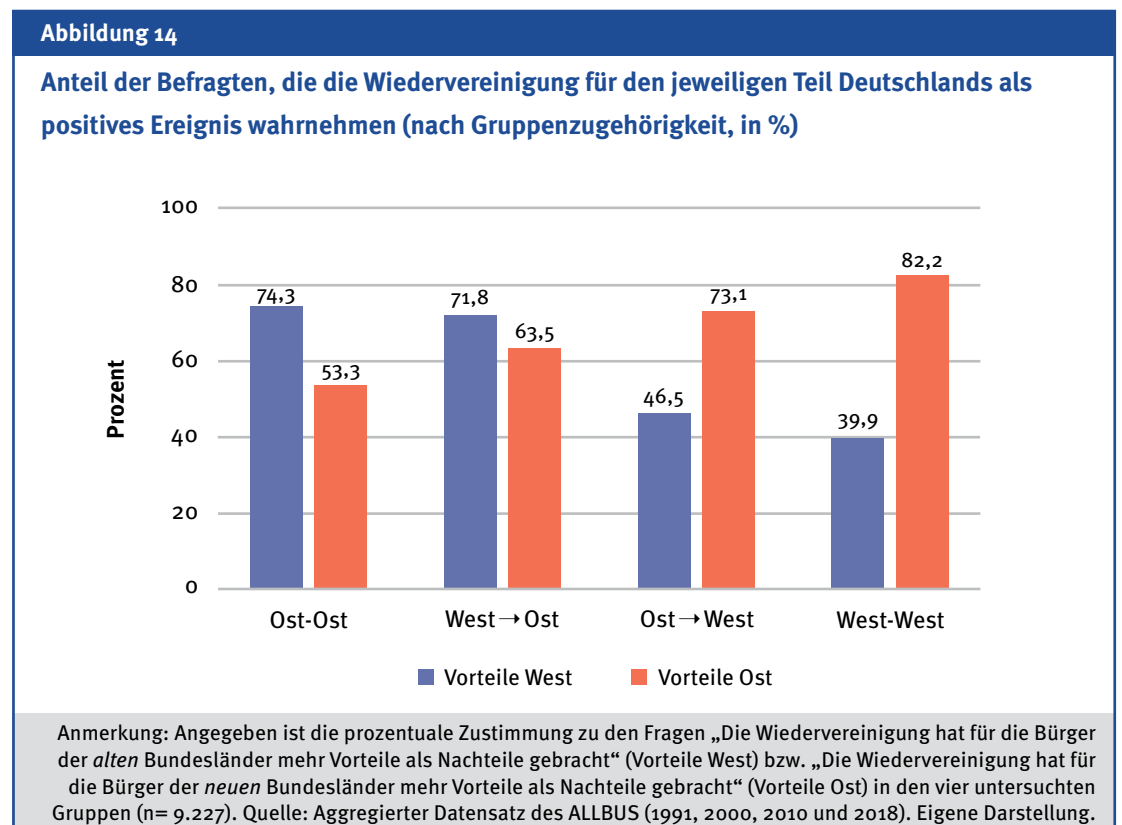
Besonders augenscheinlich ist dies im Falle der West-Ost-Migrant*innen. Über die vier Messzeitpunkte hinweg sehen sie mehr Vor- als Nachteile der Wiedervereinigung für beide Teile Deutschlands (71,8 Prozent Zustimmung bei den Vorteilen für die alten Bundesländer; 63,5 Prozent Zustimmung bei Vorteilen für die neuen Bundesländer). Die Unterschiede in der Bewertung der Vorteile für die Herkunftsregion

im Vergleich zur Region des aktuellen Wohnortes sind zwar signifikant, weisen jedoch im Vergleich zu den beiden Gruppen ohne Binnenmigrationserfahrung eine deutlich geringere Stärke auf. Somit liegen zwar auch bei den Binnenmigrant*innen Bewertungsunterschiede für die beiden Regionen vor, diese fallen jedoch wesentlich geringer aus. Interessanterweise werden die Vorteile für die Herkunftsregion dabei als größer beurteilt als die Vorteile für die Region des aktuellen Wohnortes.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Ost-West-Migrant*innen ab. Hier sehen etwas weniger als die Hälfte (46,5 Prozent) mehr Vorteile als Nachteile für die alten Bundesländer, in denen sie nun leben, während die Zustimmung

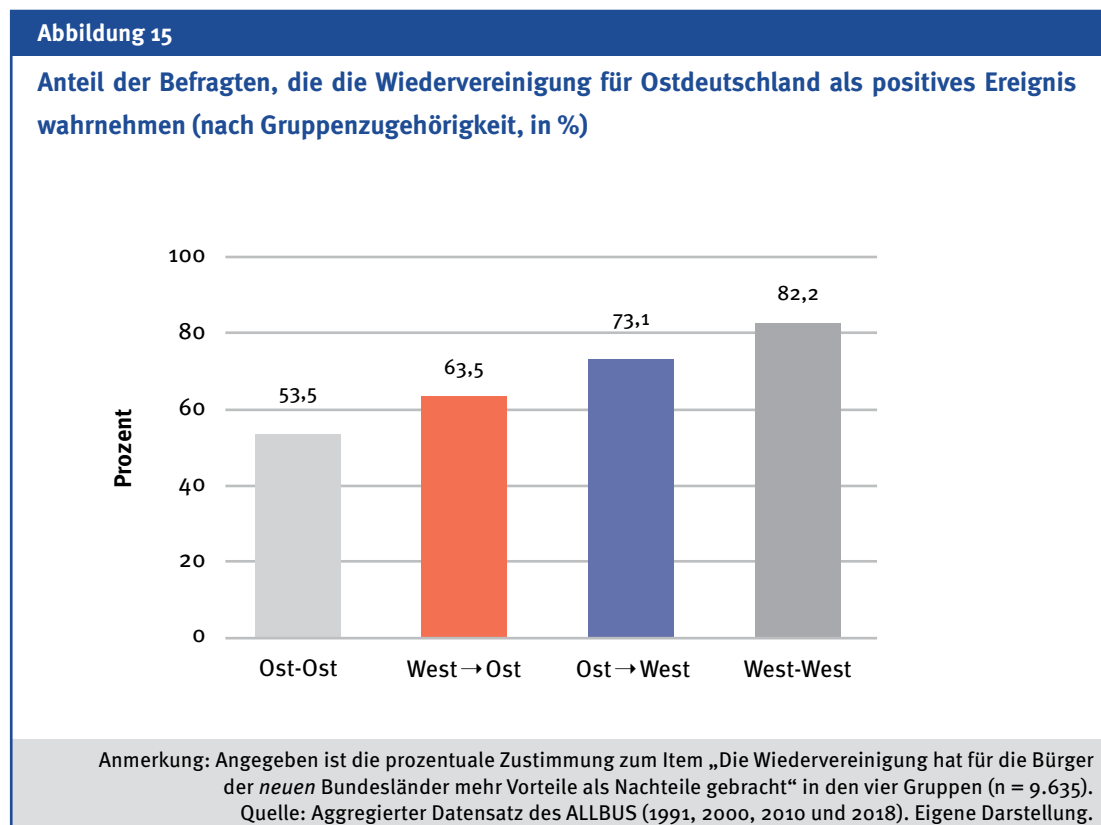
rate für die Vorteile der neuen Bundesländer bei 73,1 Prozent und damit deutlich höher liegt. Der Bewertungsunterschied erzielt hier eine mittelgradige Effektstärke und ist damit etwas größer als in der Gruppe West → Ost. Unabhängig vom Geburtsort ergibt sich deskriptiv in allen Gruppen eine positivere Beurteilung der Vorteile durch die Wiedervereinigung für den Teil Deutschlands, in dem die Befragten nicht lebten. Die aktuelle Lebenssituation scheint demnach einen stärkeren Einfluss auf die Bewertung der deutschen Einheit zu nehmen als die Sozialisierungserfahrung.

Dieses Ergebnis soll nun noch einmal differenzierter, mithilfe inferenzstatistischer Verfahren beleuchtet werden. Die Analyse der Vor-



teile für die neuen Bundesländer ergibt einen mittleren Gruppeneffekt und einen sehr kleinen Einfluss des Erhebungszeitpunktes. Abbildung 15 gibt die prozentuale Zustimmung der Gruppen wieder. Eine nachträgliche, sogenannte Post-hoc-Analyse, gibt Aufschluss darüber, zwischen welchen der vier Gruppen Unterschiede bestehen. Es tritt dabei eine Dreiteilung der Gruppierungen zu Tage: Die Gruppe der Ost-West-Migrant*innen unterscheidet sich nicht bedeutsam von der Gruppe West-West. Sie bilden statistisch eine Einheit und unterscheiden sich signifikant von den beiden anderen Gruppierungen (die Ost-West-Migrant*innen stimmen in knapp drei Vierteln der Fälle zu, bei den im Westen Gebliebenen sind es über 80 Prozent).

Die Gruppe der im Osten Gebliebenen stimmt der Aussage, dass die Wiedervereinigung mehr Vorteile für die neuen Bundesländer gebracht hat mit 53,5 Prozent zwar immer noch in über der Hälfte der Fälle zu, weist jedoch insgesamt die niedrigsten Zustimmungswerte auf, gefolgt von der Gruppe der West-Ost-Migrant*innen, die eine Zustimmungsrate von 63,5 Prozent zeigen und damit signifikant positivere Einstellungen vertreten. Somit nehmen die West-Ost-Migrant*innen mit ihrer Bewertung eine mittlere Position ein. Sie sehen mehr Vorteile für ihre jetzige Wohnregion als die dort Ansässigen, aber beurteilen die Wiedervereinigung negativer als die Bewohner*innen der Ursprungsregion und diejenigen, die dorthin migriert sind.

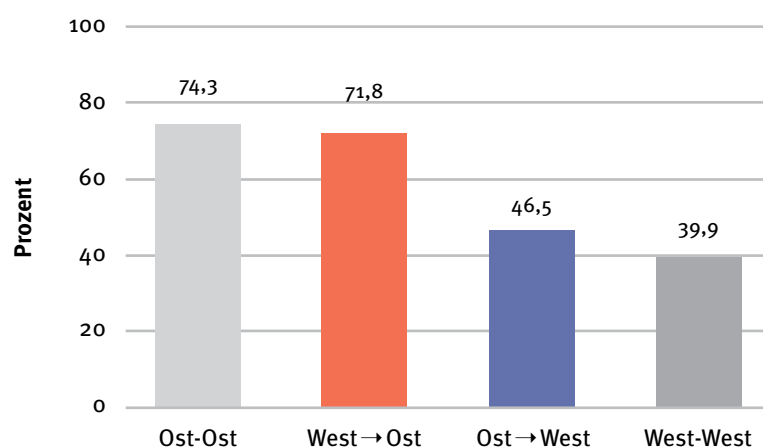


Ein ähnliches Bild ergibt auch die Untersuchung der Einstellungen in Bezug auf die Vorteile der Wiedervereinigung für die alten Bundesländer (siehe Abbildung 16). Der Einfluss der Untersuchungsgruppe ist dabei als stark einzustufen, während auch hier der Effekt des Erhebungszeitpunktes nur sehr schwach ausfällt. Die Post-hoc-Analyse liefert spiegelbildliche Ergebnisse zur vorherigen Analyse. Auch hier ergibt sich eine Dreiteilung: Die beiden Gruppen, die zum Erhebungszeitpunkt in den neuen Bundesländern leben, bilden statistisch eine Einheit. Sie schätzen die Vorteile der Wiedervereinigung für die alten Bundesländer am stärksten ein (71,8 Prozent bei der Gruppe West → Ost und 74,3 Prozent bei der

Gruppe Ost-Ost). In der Gruppe der im Westen Gebliebenen fällt die Bewertung mit einer prozentualen Zustimmung von gerade einmal 39,9 Prozent am schlechtesten aus. Eine mittlere Position nimmt die Binnenmigrationsgruppe Ost → West ein, die in 46,5 Prozent der Fälle mehr Vorteile als Nachteile durch die Wiedervereinigung sieht. Damit weisen sie höhere Zustimmungswerte als die Gruppe West-West auf, aber niedrigere Werte als die beiden Gruppen, die zum Erhebungszeitpunkt in den neuen Bundesländern lebten. Wenngleich sich die Binnenmigrant*innen in ihrer Bewertung in einer Zwischenposition befinden, so scheinen sie sich doch eher mit der Gruppe ihres aktuellen Wohnortes zu identifizieren.

Abbildung 16

Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Westdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen (nach Gruppenzugehörigkeit, in %)



Anmerkung: Angegeben ist die prozentuale Zustimmung zum Item „Die Wiedervereinigung hat für die Bürger der *alten* Bundesländer mehr Vorteile als Nachteile gebracht“ in den vier Gruppen (n = 9.401).
Quelle: Aggregierter Datensatz des ALLBUS (1991, 2000, 2010 und 2018). Eigene Darstellung.

Die inferenzstatistische Analyse führt somit zu einer Differenzierung des Einflusses der Situation im Vergleich zur Sozialisation: In ihrer Bewertung der Vorteile für die Herkunftsregion ähneln die beiden Binnenmigrationsgruppen tatsächlich den Bewohner*innen ihres aktuellen Umfeldes. Hier hat die Situation im Vergleich zur Sozialisation somit einen stärkeren Einfluss auf die Einstellungen. In der Bewertung der Vorteile ihrer derzeitigen Wohnregion nehmen die Binnenmigrant*innen jedoch eine Zwischenposition ein. Sie sitzen gewissermaßen zwischen den Stühlen; sie bewerten die Vorteile des aktuellen Wohnortes zwar besser als die „Einheimischen“, jedoch schlechter als die Bewohner*innen ihrer

Herkunftsregion. Die Binnenmigrant*innen haben somit zwar in der Bewertung ihrer Herkunftsregion die Einstellungen ihrer derzeitigen Umgebung angenommen, in der Bewertung ihrer derzeitigen Region verbleibt jedoch ein Rest, der entweder auf ihre Sozialisation oder auf die Binnenmigrationserfahrung als solche zurückzuführen ist.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Binnenmigrant*innen sich durch eine ausgewogenere, weniger polarisierte Bewertung der Wiedervereinigung auszeichnen. Wie sich es sich bereits im Fremdheitsempfinden niedergeschlagen hat, können sie somit als Vorbilder für den Wiedervereinigungsprozess gesehen werden.

6 Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit

Auch knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung spielt die Teilung Deutschlands im öffentlichen Diskurs und in den Köpfen der Menschen eine wichtige Rolle. Während die Berichte der Bundesregierung jährlich über die *wirtschaftliche* Annäherung Auskunft geben, fehlten bisher Studien, die die „Einheitsmentalität“, also die Einstellungen der Bürger*innen zum je anderen Teil Deutschlands sowie zur Wiedervereinigung, im Zeitverlauf und in verschiedenen Geburtsjahrgängen differenziert untersuchten. Eine Analyse des *mental* Annäherungsprozesses ist jedoch zentral, da mangelnder sozialer Zusammenhalt Spaltungsprozesse begünstigt, Vorurteile schüren und somit den demokratischen Zusammenhalt nachhaltig gefährden kann.

Ziel der vorliegenden Studie war es daher, zu untersuchen, welche Rolle die „Mauer in den Köpfen“ der Menschen nach wie vor spielt. Dafür wurden Daten von über 10.000 Befragten zu vier Erhebungszeitpunkten der letzten 30 Jahre herangezogen und anhand mehrerer Indikatoren analysiert. Es handelt sich dabei um einen der größten bisher zu dieser Thematik analysierten Datensätze. Als zentrales Maß für die soziale Kohäsion, das Zusammengehörigkeitsgefühl, wurde das Fremdheitsempfinden gegenüber dem je anderen Teil Deutschlands ausgewertet. Auch die individuelle Bewertung der Wiedervereinigung wurde herangezogen, über die Frage, als wie groß die entstandenen Vorteile für die ost- und westdeutsche Bevölkerung eingestuft werden. Die Aufteilung der Befragten nach Alterskohorten ermöglichte es zudem, zusätzlich zum allgemeinen Zeittrend die Veränderungen

über die verschiedenen Generationen hinweg zu beurteilen und zueinander in Beziehung zu setzen. Der „Nachwendegeneration“ der nach 1989 Geborenen wurde in einem Exkurs zur Beurteilung des Sozialismus als Idee zusätzliche Aufmerksamkeit geschenkt.

Insgesamt sprachen alle Indikatoren für einen wachsenden gesellschaftlichen Zusammenhalt der beiden Teile Deutschlands, wenngleich auch nach wie vor Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen zu verzeichnen sind.

So beurteilten mehr als 20 Prozent der west- und ostdeutschen Bevölkerung die Bewohner*innen des je anderen Teils als fremd. Dabei schätzt die Bevölkerung in den neuen Bundesländern die westdeutsche Bevölkerung ähnlich fremd ein, wie es die Bevölkerung der alten Bundesländer im Falle der ostdeutschen Bevölkerung tut. Es konnte jedoch ein positiver Zeittrend aufgedeckt werden.

In beiden Teilen Deutschlands nimmt das Fremdheitsempfinden des je anderen Teils seit der Wiedervereinigung stetig ab.

Die Analyse der Bewertung der Wiedervereinigung ergab ebenfalls eine starke Annäherungstendenz in den Einstellungen der ost- und westdeutschen Bevölkerung. Zwar wurden nach wie vor Unterschiede zwischen den beiden Gruppen gefunden. Unter Berücksichtigung des Erhebungszeitpunktes, also der zeitlichen Distanz zur Wiedervereinigung, sowie des Geburtsjahrgangs reduzierte sich die Stärke dieser Auswirkungen jedoch drastisch.

Je größer der zeitliche Abstand zur Wiedervereinigung war und je jünger die Befragten waren, desto ähnlicher beurteilt die ost- und westdeutsche Bevölkerung die entstandenen Vorteile durch die Wiedervereinigung.

In beiden Fällen, sowohl bei der Bewertung der Vorteile der Wiedervereinigung für die alten als auch bei der Bewertung der Vorteile für die neuen Bundesländer, war dieser Effekt auf eine Annäherung in der Bewertung über die Messzeitpunkte hinweg sowie zwischen den Kohorten zurückzuführen.

Mit der Zeit sind Ost- wie Westdeutsche immer häufiger der Meinung, dass der „eigene“ Landesteil vielleicht doch mehr profitiert hat als gedacht – und der „andere“ Landesteil vermutlich weniger.

In Bezug auf die Bewertung der eigenen Vorteile im Vergleich zu den Vorteilen der anderen ergab sich ein weiterer bemerkenswerter Befund. Entgegen dem weit verbreiteten Stereotyp des „Jammer-Ossis“ konnte gezeigt werden, dass die westdeutsche Bevölkerung die eigenen Vorteile viel eher ausblendete als der ostdeutsche Bevölkerungsteil. Zwar bewerteten die beiden Gruppen die Wiedervereinigung für den je anderen Teil Deutschlands durchweg als positiver als für sich selbst, der Unterschied war jedoch im Osten konstant geringer. Die eigentlichen „Jammerer“ gab es demnach (zumindest zeitweise) eher aufseiten der westdeutschen Bevölkerung. Im Jahr 2018, knapp 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, kam es in der westdeutschen Bevölkerung dann jedoch

zu einem sprunghaften Anstieg in der Bewertung der eigenen Vorteile. In Westdeutschland bedurfte es somit einer ganzen Generation, um die Vorteile der Wiedervereinigung für den eigenen Bevölkerungsteil zu sehen. Insgesamt ergab sich über die verschiedenen Erhebungszeitpunkte hinweg und in den verschiedenen Geburtsjahrgängen das gleiche Bild wie zuvor: Je größer die zeitliche Distanz zur Wiedervereinigung und je jünger die Befragten, desto eher wurden die eigenen Vorteile in der Wiedervereinigung gesehen. Von einer zunehmenden Desillusionierung oder zunehmend enttäuschten Hoffnungen in den ersten Jahren nach der Vereinigung kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht die Rede sein, vielmehr verlief der Trend seit 1989 durchweg positiv.

Dass trotzdem in den letzten Jahren verstärkt andere Gefahren für das demokratische Miteinander virulent werden – die hohe Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen, Ausländerfeindlichkeit sowie nicht zuletzt das Erstarken politisch rechtsgerichteter Parteien und Bewegungen wie PEGIDA und der AfD; nicht nur, aber insbesondere auch in Ostdeutschland – spricht dafür, dass eine bessere Bewertung der Wiedervereinigung sowie ein geringeres Fremdheitsempfinden innerhalb Deutschlands natürlich nicht ausreicht, um eine demokratisch ausgerichtete soziale Kohäsion sicherzustellen. Wie die Studie von Faus und Storks (2019) zeigt, können bestehende Unterschiede zwischen Ost und West – oder gar die Diskriminierung Ostdeutscher (vgl. auch Foroutan et al. 2019) – zur Bildung einer (Teil-)Identität beitragen. Inwiefern solche Pro-

zesse regionalistischer Identitätsbildung mit der Ausgrenzung anderer Gruppen einhergehen, sollte in weiterführenden Studien näher untersucht werden. Überdies ist es notwendig, auch die Möglichkeit einer nationalistischen Deutung der Wiedervereinigung nachzugehen. Diese vermindert zwar die Unterschiede zwischen Ost- und West, produziert aber unter Umständen neue Ausgrenzungen (beispielsweise gegenüber Migrant*innen).

In der vorliegenden Studie stellte der Bildungsabschluss einen maßgeblichen Faktor bei der Bewertung der Wiedervereinigung dar.

Im Falle der Bewertung der eigenen Vorteile durch die Wiedervereinigung konnte der Bildungsabschluss Unterschiede sogar besser erklären als die Zugehörigkeit zur jeweiligen Gruppe der Ost- beziehungsweise Westdeutschen.

Durch bildungspolitische Arbeit mit einem Ziel der Angleichung, so kann geschlussfolgert werden, könnten bestehende Differenzen zwischen Ost und West weiter reduziert werden – indem ein Verständnis für den je anderen Teil Deutschlands, dessen spezifische Geschichte sowie individuelle Erfahrungshintergründe geschaffen wird.

Entgegen der Vorannahme kam es in Bezug auf die Befürwortung des Sozialismus als Idee zu keinem „Revival“ in den jüngeren Geburtsjahrgängen beziehungsweise bei den späteren Erhebungszeitpunkten. Die höchste Zustimmung ergab sich vielmehr unter den älteren Generationen der ostdeutschen Bevölkerung. Hier ist die Identifikation mit Teilen

des gesellschaftlichen Systems der DDR noch am stärksten ausgeprägt. Über alle Messzeitpunkte und alle Geburtsjahrgänge hinweg ergab sich jedoch eine hohe Gesamtzustimmung zum Sozialismus als Idee. Dies sollte aber keineswegs nur als Gefahr für die Demokratie gewertet werden – vielmehr könnte insbesondere die ostdeutsche Bevölkerung mit ihrem realitätserprobten Umgang mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen einen wichtigen Beitrag zur progressiven Gestaltung unseres demokratischen Miteinanders leisten. Dafür ist eine Anerkennung ihrer Erfahrungen im öffentlichen Diskurs jedoch zwingend notwendig.

Eine weitere Besonderheit der vorliegenden Studie stellte die Untersuchung der Binnenmigrant*innen dar, also derjenigen, die ihren Lebensmittelpunkt vom einen in den anderen Teil Deutschlands verlegt haben. In bisherigen Studien blieb dieser Gesichtspunkt meist unberücksichtigt, obwohl seit der Wiedervereinigung die Mobilität innerhalb Deutschlands, besonders von den ostdeutschen in die westdeutschen Bundesländer, für die soziale und politische Struktur nicht unbedeutend war. Die Aufschlüsselung dieser Kategorien ermöglicht die Berücksichtigung der Pluralität der Erfahrungen mit der deutschen Einheit sowie der Vielseitigkeit der Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft seit der Vereinigung. Die Ergebnisse der Untersuchung der „Einheitsmentalität“ dieser besonderen Gruppe zeigt die Binnenmigrant*innen in einer Vorbildfunktion. Sie können ohne weiteres als die Vorreiter*in-

nen der Vereinigung bezeichnet werden. Die Untersuchung des Fremdheitserlebens ergab dabei einen klaren „Wossi“-Effekt:

*Während bei den beiden Gruppen ohne Binnenmigrationserfahrung jeder Fünfte angab, die Bewohner*innen des je anderen Teils Deutschlands als fremder zu erleben als die Bewohner*innen anderer Staaten, waren es im Fall der Binnenmigrierten nur knapp über zehn Prozent.*

Insgesamt zeigt sich, dass der intensive Austausch mit der Bevölkerung des je anderen Teils, wie er durch die Verlegung des Lebensmittelpunktes ermöglicht wird, zu einem Zusammenwachsen führen und Fremdheitsgefühle reduzieren kann.¹⁷ Auch in Bezug auf die Bewertung der Wiedervereinigung gehen die Binnenmigrant*innen mit gutem Beispiel voran: Sie weisen ein wesentlich ausgewogeneres Bild in der Bewertung auf als die Gruppen, die im Osten bzw. Westen geblieben sind. Grundsätzlich gilt:

*Die Vorteile der Wiedervereinigung für die Region des aktuellen Lebensmittelpunktes werden von allen untersuchten Gruppen, mit oder ohne Binnenmigrationserfahrung, geringer eingeschätzt als die Vorteile für die je andere Region. Bei den Binnenmigrant*innen ist diese Einschätzung jedoch signifikant positiver als bei den „Einheimischen“.*

Die Analyse der Binnenmigrant*innen verdeutlicht, dass es sich bei der Frage nach der innerdeutschen Mobilität um ein vielschichtiges Phänomen handelt. Die individuellen Gründe, den Geburtsort zu verlassen, hängen dabei ebenso mit den untersuchten Einstellungsdimensionen zusammen wie der Zeitpunkt der Binnenmigration, das eigene Alter zum Zeitpunkt des Wohnortswechsels sowie der bisherigen Verweildauer im je anderen Teil Deutschlands. Obwohl über das Zusammenspiel der genannten Faktoren noch weitgehende Unklarheit herrscht, kann die Gruppe der Binnenmigrant*innen in gewisser Weise als Wegweiser der deutschen Einheit gesehen werden. Sie sehen die Vorteile für beide Teile Deutschlands und zeichnen sich durch ein weniger stark ausgeprägtes Fremdheitsempfinden aus. Dies spricht dafür, dass progressive Elemente der DDR-Vergangenheit und ihre nicht ausschließlich negativen Nachwirkungen in der heutigen Gesellschaft, beispielweise in Bezug auf das Geschlechterrollenverständnis sowie die soziale Unterstützung, von den Binnenmigrant*innen wahrgenommen werden können, ohne dass das durch Repressionen und Unterdrückung entstandene Leid und die wirtschaftlichen Einbußen nivelliert werden, die sich auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den alten und neuen Bundesländern auswirken. Die Binnenmigrant*innen zeichnen sich somit durch ein Verständnis beider Seiten der Medaille aus.

¹⁷ Studien, die zusätzlich den Zeitpunkt der Binnenmigration erheben, könnten weitere Aufschlüsse über die Entwicklung dieser Tendenz ermöglichen.

Alles in allem belegen die Ergebnisse die Wichtigkeit, spezifische Erfahrungen Einzelner oder ganzer Gruppen zu berücksichtigen, um einen demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft zu ermöglichen und zu fördern. Dies kann einerseits durch früh einsetzende Bildungsarbeit, andererseits auch durch die Förderung innerdeutschen Austausches im politischen wie privaten Raum eingeleitet werden. Dabei ist es nicht zielführend, ausschließlich von „den Ostdeutschen“ und „den Westdeutschen“ zu sprechen. Vielmehr kann nur die Sensibilisierung für die Pluralität der Erfahrungshintergründe der in Deutschland Lebenden die Basis für ein demokratisches Miteinander bilden. Dieses Er-

gebnis weist somit auch über die Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach der Einheit hinaus: Ein innerdeutscher Austausch, der den spezifischen Erfahrungen und daraus resultierenden Stärken sozialer Minderheiten – seien es Ostdeutsche, Frauen*, Migrant*innen, Geflüchtete, oder andere soziale Gruppen – auf Augenhöhe begegnet sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen und insbesondere der Bildungschancen in strukturschwächeren Regionen, trägt dazu bei, den demokratischen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken und die Mauer in den Köpfen Stück für Stück abzutragen.

Anhang

Hinweise zu den Autor*innen	59
Literatur.....	60
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	64

Hinweise zu den Autor*innen

Ayline Heller, M.Sc., studierte in Frankfurt Psychologie und Linguistik. Sie ist Teil des Vorstandes der „Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie e. V.“ und promoviert derzeit im BMBF-Verbundprojekt „DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren“ an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Thema „Politische Einstellungen und Politisierung in Ostdeutschland: Konzepte und Determinanten von Rechtsextremismus und Autoritarismus im Spannungsfeld der DDR-Vergangenheit“.

Ana Nanette Tibubos, Dr. phil. nat., Dipl.-Psych., ist Wissenschaftlerin und Psychologin in der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (seit 2016). Sie ist wissenschaftliche Leiterin der Arbeitsgruppe Migration, Mobility and Mental Health und des Forschungsbereiches Diagnostik und Methodenentwicklung.

Manfred Beutel, Prof. Dr., ist Arzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Psychoanalyse und Direktor der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Forschungsschwerpunkte sind Psychotherapieforschung und Versorgungsforschung, E-Mental Health, Epidemiologie psychischer Erkrankungen und Psychoonkologie.

Elmar Brähler, Prof. Dr. rer. biol. hum. habil., war von 1994 bis zu seiner Emeritierung 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seitdem ist er Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz. Er leitet dort das BMBF-Verbundprojekt „DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren“.

Literatur

Adorno, T. W./Frenkel-Brunswik, E./Levinson, D. J./Sanford, N. (1950): *The Authoritarian Personality*, New York: Harper & Brothers.

Albani, C./Blaser, G./Geyer, M./Bailer, H./Gulke, N./Schmutzer, G./Brähler, E. (2007): Innerdeutsche Migration und Gruppenidentitäten, in: *Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung* 11, S. 26-45.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): *Bildung in Deutschland 2018: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkung und Erträgen von Bildung*, Mannheim: wbv Publikation. Online unter: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2018/pdf-bildungsbericht-2018/bildungsbericht-2018.pdf> (abgerufen am 02.04.2020).

Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (2018): *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018*, Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Online unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=14 (abgerufen am 02.04.2020).

Belitz, H./Gornig, M./Schiersch, A. (2019): Produktivität: Unterschiede zwischen Stadt und Land wichtiger als zwischen Ost und West, in: *DIW Wochenbericht* (43), S. 793-799. Online unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.684218.de/19-43-3.pdf (abgerufen am 29.03.2020).

Berth, H./Förster, P./Brähler, E./Stöbel-Richter, Y. (2007): Go West! Migration in die alten Länder, ihre Ursachen und Folgen, in: dies. (Hrsg.): *Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Langzeitstudie von 1987-2006*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 177-198.

Berth, H./Förster, P./Brähler, E./Zenger, M./Zimmermann, A./Stöbel-Richter, Y. (2014a): Wer sind die Verlierer der deutschen Einheit? Ergebnisse aus der Sächsischen Längsschnittstudie, in: Brähler, E./Wagner, W. (Hrsg.): *Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 75-87.

Berth, H./Förster, P./Brähler, E./Zenger, M./Zimmermann, A./Stöbel-Richter, Y. (2014b): Innerdeutsche Migration und seelische Gesundheit. Ergebnisse aus der Sächsischen Längsschnittstudie, in: Brähler, E./Wagner, W. (Hrsg.): *Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 89-101.

Berth, H./Brähler, E./Zenger, M./Stöbel-Richter, Y. (2019): *30 Jahre ostdeutsche Transformation: Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie*, Gießen: Psychosozial-Verlag.

Booth, M. (2010): Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/arbeitslosigkeit>, 30.03.2010 (abgerufen am 30.05.2020).

Brähler, E./Wagner, W. (2014): *Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West*, Gießen: Psychosozial-Verlag.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2020a): *Binnenwanderungssalden nach Bundesländern (1991-2018). Binnenwanderung*. Online unter: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M31-Binnenwanderungssalden-Bundeslaender-ab-1991.html?nn=9992182> (abgerufen am 02.04.2020).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2020b): Wanderung zwischen West- und Ostdeutschland (1991-2018). Binnenwanderung. Online unter: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M34-Wanderungen-West-Ost-ab-1991.html?nn=9992182> (abgerufen am 30.05.2020).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)-Internetredaktion (2018): Wissenslücken über die DDR schließen. Online unter: <https://www.bmbf.de/de/wissensluecken-ueber-die-ddr-schliessen-6346.html>, 12.06.2018 (abgerufen 26.03.2020).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – BMFSFJ (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland. Online unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/25-jahre-deutsche-einheit-733174>, 25.09.2015 (abgerufen 26.03.2020).

Cohen, J. (1988): *Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences* (2. Auflage), Hillsdale, NJ: Erlbaum.

Decker, O./Brähler, E. (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen: Psychosozial-Verlag. Online unter: https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie (abgerufen am 30.05.2020).

Faus, R./Storks, S. (2019): *Im vereinten Deutschland geboren – In den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration (OBS-Arbeitsheft 96)*, Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung. Online unter https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AH96_Nachwendegeneration.pdf, 25.02.2019 (abgerufen 26.03.2020).

Ferchland, R. (2004): *Der „Sozialreport 2002“ des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e. V. (Arbeitsmaterial im Projekt Partizipative Haushaltspolitik)*, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Sozialpolitik/Fer_SFZ-SozRepo3.pdf (abgerufen am 05.04.2020).

Foroutan, N./Kalter, F./Canan, C./Simon, M. (2019): *Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung*, Berlin: DeZIM-Institut. Online unter: https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/OstMig_Booklet_A4.pdf (abgerufen 26.03.2020).

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0. DOI: 10.4232/1.13250 (abgerufen am 02.07.2020)

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2014): *ALLBUS-Basisumfrage 1991 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften Basisumfrage 1991)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA1990 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.11922> (abgerufen am 02.07.2020)

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2012): *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2000 (Integrierte Version)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA3450 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.11365> (abgerufen am 02.07.2020)

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2011): *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2010*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4610 Datenfile Version 1.1.0, <https://doi.org/10.4232/1.10760> (abgerufen am 02.07.2020)

- Hessel, A./Geyer, M./Plöttner, G./Brähler, E. (1999): Zur Situation der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse bevölkerungsrepräsentativer Befragungen, in: *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie* 48 (7), S. 465-480. Online unter: https://psydok.psycharchives.de/jspui/bitstream/20.500.11780/2386/1/48.19997_1_41723.pdf_new.pdf (abgerufen am 02.04.2020).
- Hopf, W. (1991): Familiäre und schulische Bedingungen rechtsextremer Orientierungen von Jugendlichen, in: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 11 (1), S. 43-59.
- Hopf, W. (1999): Ungleichheit der Bildung und Ethnozentrismus, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 45 (6), S. 847-865.
- Kempe, W. (1999): Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt, in: *Wirtschaft im Wandel* 5 (15), S. 19-23.
- Kowalczyk, I.-S. (2005): Nicht mehr mitmachen – Ausreise als Ausweg, Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: https://www.bpb.de/themen/90NHIE,o,o,Nicht_mehr_mitmachen_Ausreise_als_Ausweg.html, 30.09.2005 (abgerufen am 30.05.2020).
- Landesregierung des Freistaats Thüringen (2019): Thüringen-Monitor. Online unter: <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/> (abgerufen am 02.04.2020).
- Lindner, B. (2014): Wege in die Opposition, Widerständiges Verhalten in der DDR, Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/185289/wege-in-die-opposition-widerstaendiges-verhalten-in-der-ddr>, 05.06.2014 (abgerufen am 30.05.2020).
- Neller, K. (2006): (DDR-)Nostalgie, Ostalgie und Ostidentität: Öffentlich-publizistische Debatte, Begriffsdefinitionen, Abgrenzungen und Deutungsversuche, in dies. (Hrsg.): *DDR-Nostalgie: Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37-56. Online unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-90425-2_2 (abgerufen am 26.03.2020).
- Opp, K.-D. (2019): Why Do People Believe in Socialism? Testing Propositions for West and East Germany with the German General Social Survey (ALLBUS), in: Siegers, P./Schulz, S./Hochmann, O. (Hrsg.): *Einstellungen und Verhalten der deutschen Bevölkerung. Analysen mit dem Allbus*, Frankfurt: Springer VS., S. 155-190.
- Petersen, T. (2009): Allensbach-Analyse: Auch die „Mauer in den Köpfen“ fällt, in: faz.net. Online unter: <https://www.faz.net/1.885202>, 25.11.2009 (abgerufen am 26.03.2020).
- Ragnitz, J. (2019): Schlechter als erwartet, besser als gedacht: Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall (ifo Dresden berichtet, S. 3-8), ifo Dresden. Online unter: <https://www.ifo.de/publikationen/2019/aufsatz-zeitschrift/schlechter-als-erwartet-besser-als-gedacht-die> (abgerufen am 05.04.2020).
- Redaktion Neues Deutschland (1996): „Jammerossi“? Online unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/619729.jammerossi.html>, 20.07.1996 (abgerufen am 05.04.2020).
- Reiser, M./Best, H./Salheiser, A./Vogel, L. (2018): Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Online unter: https://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2018_mit_anhang.pdf (abgerufen am 30.05.2020).

Rippl, S. (2006): Die Abnahme von Fremdenfeindlichkeit – Ein Effekt der Bildungsexpansion?, in: Hadjar, A./Becker, R. (Hrsg.): Die Bildungsexpansion: Erwartete und unerwartete Folgen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231-249.

Schmitt, M./Montada, L. (Hg.) (1999): Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.

Statistisches Bundesamt (2019a): Bevölkerung in Deutschland: 83,0 Millionen zum Jahresende 2018. Pressemitteilung Nr. 244 vom 24.06.2019. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/06/PD19_244_12411.html (abgerufen am 03.09.2020)

Statistisches Bundesamt (2019b): Durchschnittsalter auf Grundlage des Zensus 2011 nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit. Bevölkerungsstand. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/durchschnittsalter-zensus.html>, 08.08.2019 (abgerufen am 25.03.2020).

Statistisches Bundesamt (2019c): Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr nach allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüssen nach Jahren. Bildungsstand. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsstand/Tabellen/bildungsabschluss.html>, 18.04.2019 (abgerufen am 02.04.2020).

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Wanderung zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin, 1991 bis 2018).....	15
Abbildung 2:	Anteil der Befragten, die den jeweils anderen Teil Deutschlands als fremd empfinden (1991-2018, in %).....	28
Abbildung 3:	Die Bewertung der Wiedervereinigung in Ost und West.....	30
Abbildung 4:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Ostdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen (1991-2018, in %).....	31
Abbildung 5:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Ostdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen nach Geburtsjahrgängen (in %).....	33
Abbildung 6:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Westdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen (1991-2018, in %).....	35
Abbildung 7:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Westdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen nach Geburtsjahrgängen (in %).....	36
Abbildung 8:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für den je eigenen Teil Deutschlands als positives Ereignis wahrnehmen (1991-2018, in %).....	39
Abbildung 9:	Die Zustimmung zum Sozialismus als Idee (1991-2018, in %).....	41
Abbildung 10:	Die Zustimmung zum Sozialismus als Idee nach Geburtsjahrgängen (in %).....	42
Abbildung 11:	Prozentuale Verteilung der Alterskohorten der Binnenmigrant*innen im Vergleich zum Gesamtmittel (in %).....	46
Abbildung 12:	Prozentuale Verteilung der Binnenmigrant*innen nach Gemeindegröße im Vergleich zum Gesamtmittel (in %).....	47
Abbildung 13:	Anteil der Befragten, die den jeweils anderen Teil Deutschlands als fremd empfinden (nach Gruppenzugehörigkeit, in %).....	48
Abbildung 14:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für den jeweiligen Teil Deutschlands als positives Ereignis wahrnehmen (nach Gruppenzugehörigkeit, in %).....	50
Abbildung 15:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Ostdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen (nach Gruppenzugehörigkeit, in %).....	51
Abbildung 16:	Anteil der Befragten, die die Wiedervereinigung für Westdeutschland als positives Ereignis wahrnehmen (nach Gruppenzugehörigkeit, in %).....	52
Tabelle 1:	Anzahl der Befragten aus Ost- und Westdeutschland zu den einzelnen Messzeitpunkten	20
Tabelle 2:	Verteilung der Alterskohorten in der ost- und westdeutschen Bevölkerung	21
Tabelle 3:	Übersicht der Stichprobe der Binnenmigrant*innen	45

Elke Habicht (1955-2020)

Unsere langjährige freie Lektorin Elke Habicht M.A. ist nach schwerer Krankheit am 29. Juli verstorben. Die erste Fassung des Manuskriptes für das vorliegende Arbeitspapier 42 konnte sie im Frühjahr noch sichten, aber leider den weiteren Prozess der Bearbeitung nicht mehr begleiten.

Die OBS verliert mit Frau Habicht eine engagierte Lektorin und erfahrene Redakteurin, die viele unserer AutorInnen über Jahre kompetent und profiliert bei der Arbeit mit den Manuskripten unterstützte und zahlreiche Publikationen der OBS mit großer Umsicht und notwendiger Sorgfalt bis zur Veröffentlichung betreute.

Das OBS-Arbeitsheft 66 war 2010 die erste Publikation, die im Impressum Frau Habicht als verantwortliche Lektorin auswies. Mit ihrer Erkrankung Mitte 2018 musste sie die Arbeit für die OBS unterbrechen. Als die Krankheit überwunden schien, unterstützte sie uns wieder ab AH 100, das im Herbst 2019 erschien. Auch etwa ein Dutzend unserer Arbeitspapiere (und Einzelpublikationen wie unsere Geschäftsberichte 2007-2011 und 2011-2015) haben durch die ebenso fachkundige wie professionelle Bearbeitung von Frau Habicht nicht nur an gedanklicher Klarheit und Argumentationstiefe, sondern auch an Anschaulichkeit und Lesbarkeit gewonnen. Den guten Ruf und die hohe Wertschätzung, die unsere Publikationen weit über enge Fachkreise hinaus genießen, verdanken sie entscheidend der intensiven Beschäftigung und erfolgreichen Arbeit von Frau Habicht.

Die OBS ist Frau Habicht zu großem Dank verpflichtet. In stiller Trauer über ihren frühen Tod gilt unser tiefes Mitgefühl ihrem Mann Herbert und Tochter Hannah.

Frankfurt/Main, im September 2020

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 41 Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 40 Armutzeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)
- Nr. 39 Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien – Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)
- Nr. 38 Rechte Allianzen in Europa – Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden (Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion])
- Nr. 37 Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller)
- Nr. 36 Krimis, Kontroversen, Kochrezepte – Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)
- Nr. 35 Agenda-Setting bei ARD und ZDF? – Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)
- Nr. 34 Demoskopie, Medien und Politik – Ein Schulterchluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
- Nr. 33 Zwischen Fanreportern und Spielverderbern – Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
- Nr. 32 Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
- Nr. 31 Aufstocker im Bundestag III – Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 30 Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
- Nr. 29 Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animator – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 29. Mai 2018 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
Tim Engartner
Wie DAX-Unternehmen Schule machen
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99***
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker
„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98***
Lutz Frühbrodt, Annette Floren
Unboxing YouTube
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97***
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs
Neue Mitglieder für die Gewerkschaften
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall
- **OBS-Arbeitsheft 96***
Rainer Faus, Simon Storks
Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?
OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration
- **OBS-Arbeitsheft 95***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Erfahrungen und Lehren für die Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 94***
Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz
Deutschlands Blogger
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Analyse und Handreichungen

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

Diese und weitere Publikationen der OBS finden Sie unter www.otto-brenner-stiftung.de

OBS-Arbeitspapier 42

Mauer in den Köpfen?

Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel